Genehmigt: 10.11.2005

Stadt Bern
Ratssekretariat
des Stadtrats

Protokoll Nr. 24

Stadtratssitzung
Donnerstag, 15. September 2005, 17.00 Uhr und 20.35 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

Traktanden

		Geschäftsnummer
1.	Dringliche Motion Dieter Beyeler/Lydia Riesen (SD): Wirtschaftsförderung – Galopp statt lahmer Amtsschimmel (BSS: Olibet)	05.000160
2.	Dringliche interfraktionelle Interpellation SP/JUSO, GB/JA!, GFL/EVP (Michael Aebersold, SP/Martina Dvoracek, GB/Ueli Stückelberger, GFL): Neuer Richtplan ESP Wankdorf; Was sagt die Stadt und wohin geht die Reise? (PRD: Tschäppät)	05.000279
3.	Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Mario Imhof): Einseitige, manipulierte Abstimmungspropaganda vor einer Volksabstimmung auf Kosten der Steuerzahler mit der Ausstellung „Eine saubere Sache – Bern auf dem Weg zur modernen Abfallentsorgung“. (PRD/SK: Tschäppät)	05.000280
4.	Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2006-2009; Kenntnisnahme (BAK: ---/FPI: Wasserfallen)	05.000284
5.	Produktegruppen-Budget 2006 (einschliesslich Steueranlage, Liegenschaftssteuer und Hundetaxe) (Abstimmungsbotschaft) (BAK: Zobrist/FPI: Wasserfallen)	04.000523

Inhaltsverzeichnis

Seite

Protokoll Nr. 24 1257
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.05 Uhr 1259
Ordnungsantrag 1260
1 Dringliche Motion Dieter Beyeler/Lydia Riesen (SD): Wirtschaftsförderung – Galopp statt lahmer Amtsschimmel..... 1260
2 Dringliche interfraktionelle Interpellation SP/JUSO, GB/JA!, GFL/EVP (Michael Aebersold, SP/Martina Dvoracek, GB/ Ueli Stückberger, GFL): Neuer Richtplan ESP Wankdorf; Was sagt die Stadt und wohin geht die Reise? 1264
3 Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Mario Imhof): Einseitige, manipulierte Abstimmungspropaganda vor einer Volksabstimmung auf Kosten der Steuerzahler mit der Ausstellung „Eine saubere Sache – Bern auf dem Weg zur modernen Abfallentsorgung“..... 1269
4 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2006-2009; Kenntnisnahme 1273

5 Produktegruppen-Budget 2006 (einschliesslich Steueranlage, Liegenschaftssteuer und Hundetaxe) (Abstimmungsbotschaft) 1276
Präsenzliste der Sitzung 20.35 bis 22.30 Uhr 1285
5 Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2006 1286
Eingänge 1300

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.05 Uhr

Vorsitzender
Präsident Philippe Müller

Anwesend

Hans Peter Aeberhard	Karin Gasser	Nadia Omar
Michael Aebersold	Thomas Göttin	Simon Röthlisberger
Raymond Anliker	Beat Gubser	Heinz Rub
Carolina Aragón	Ueli Haudenschild	Erich Ryter
Gabriela Bader Rohner	Erich J. Hess	Hasim Sancar
Rania Bahnan Büechi	Beni Hirt	Franziska Schnyder
Thomas Balmer	Stephan Hügli-Schaad	Beat Schori
Giovanna Battagliero	Natalie Imboden	Rolf Schuler
Christof Berger	Mario Imhof	Miriam Schwarz
Peter Bernasconi	Ueli Jaisli	Ernst Stauffer
Dieter Beyeler	Daniele Jenni	Barbara Streit-Stettler
Margrith Beyeler-Graf	Stefan Jordi	Ueli Stückelberger
Markus Blatter	Sarah Kämpf	Béatrice Stucki
Peter Bühler	Daniel Kast	Margrit Thomet
Sibylle Burger-Bono	Rudolf Keller	Martin Trachsel
Anna Coninx	Peter Künzler	Gisela Vollmer
Conradin Conzetti	Claudia Kuster	Christian Wasserfallen
Dolores Dana	Annette Lehmann	Catherine Weber
Myriam Duc	Anna Magdalena Linder	Anne Wegmüller
Martina Dvoracek	Liselotte Lüscher	Thomas Weil
Karin Feuz-Ramseyer	Corinne Mathieu	Sandra Wyss
Andreas Flückiger	Patrizia Mordini	Maya Widmer
Urs Frieden	Erik Mozsa	Beat Zobrist
Rudolf Friedli	Reto Nause	Andreas Zysset

Entschuldigt

Verena Furrer-Lehmann	Andreas Krummen	Christoph Müller
Jacqueline Gafner Wasem	Daniel Lerch	Lydia Riesen-Welz
Simon Glauser		

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD	Edith Olibet BSS	Kurt Wasserfallen FPI
Barbara Hayoz SUE	Regula Rytz TVS	

Entschuldigt
-

Ratssekretariat
Annina Jegher

Stadtkanzlei
Jürg Wichtermann

Ordnungsantrag

Daniele Jenni (GPB): Es ist immer vernünftig, wenn man versucht, Dinge, die zum gleichen Thema gehören, zusammen zu diskutieren. Ansonsten gibt es zwei Mal eine Diskussion über dieselbe Sache. Es ist richtig, meinen dringlichern Vorstoss über den Freizeittreff Graffiti nicht zu behandeln, nachdem es nun mal unerklärlicherweise nicht traktandiert war. Aber ich möchte den zusätzlichen Antrag stellen, die Dringliche Motion Beyeler/Riesen, welche ebenfalls die Frage Losinger AG und „Graffiti" behandelt, ebenfalls zu verschieben und sie mit meinem Vorstoss zu einem späteren Zeitpunkt regulär zu traktandieren und die beiden Vorstösse dann gemeinsam zu behandeln. Ich stelle damit den **Ordnungsantrag, die Dringliche Motion Beyeler/Riesen zurückzustellen.**

Motion *Dieter Beyeler* (SD): Wir haben am 2. Juni 2005 die Dringlichkeit eingegeben und eine Zurückstellung kommt für uns überhaupt nicht in Frage.

Beschluss

Der Rat lehnt den Ordnungsantrag Jenni auf Zurückstellung der Dringlichen Motion Beyeler/Riesen mit 22 : 28 Stimmen bei 4 Enthaltungen ab.

1 Dringliche Motion Dieter Beyeler/Lydia Riesen (SD): Wirtschaftsförderung – Galopp statt lahmer Amtsschimmel

Geschäftsnummer 05.000160 / 05/155

Seit längerem ist die städtische Wirtschaftsförderung nicht nur bürgerlichen Politikern sondern auch Wirtschaftsführern und Gewerbetreibenden eher als wirtschaftsfeindlich denn als wirtschaftsfreundlich bekannt.
Neustes Beispiel, dass diese Erkenntnis zutreffend ist, beweist die Tatsache um die Verhandlung über den Verkauf der Liegenschaft des Jugend- und Freizeittreffs „Graffiti" im Berner Wylerfeld mit der Losinger AG, der bereits über ein Jahr dauert, jedoch offensichtlich erfolglos.
Die zahnlose Berner Wirtschaftsförderung hat bisher die ganze Angelegenheit verschlafen. Der städtische Wirtschaftskoordinator sieht allen Ernstes auch heute noch, wie erwähnt, nach über einem Jahr keinen Grund, irgendwelche Aktivitäten zu entfalten. Kaum erstaunlich, dass sich Wirtschaft und Gewerbe an Standorten orientieren, wo gefördert statt Steine in den Weg gelegt werden.
Einmal mehr überlegt sich also ein grösseres Gewerbe den Wegzug vom unfreundlichen Berner Stadtboden, mit der Gefahr, dass über hundert Arbeitsplätze und ein guter Steuerzahler sich in die Agglomeration verabschieden.
Wir fordern daher den Gemeinderat auf:

1. Die zuständige Verwaltung muss endlich aktiv werden. Die Verhandlung mit der Losinger AG ist unverzüglich aufzunehmen und zu intensivieren.
2. Die Baupublikation der Stadtbauen Bern betreffend der Renovation des Graffitis ist zu sistieren.
3. Der von der Losinger AG vorgeschlagene neue Standort für den Graffti-Treff ist umgehend zu überprüfen.

4. Der Gemeinderat ist angehalten alle Massnahmen zu prüfen und umzusetzen, die mit der betreffenden Firma sowie der Stadt zu einem einvernehmlichen Verhältnis führen werden, um so Arbeitsplätze und einen guten Steuerzahler zu sichern.

Begründung der Dringlichkeit:
Die Losinger AG denkt bereits laut über einen Standortwechsel nach. Die Stadt Bern ist dringend auf gute Steuerzahler und Arbeitsplätze angewiesen.

Bern, 02. Juni 2005

Direktorin BSS *Edith Olibet* beantwortet die Dringliche Motion im Namen des Gemeinderats wie folgt: Die Stadt Bern betreibt keine wirtschaftsfeindliche Politik. Der Gemeinderat hält fest, dass von den 9 354 Arbeitsstätten in der Stadt Bern (Betriebszählung 2001) der grösste Teil mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durchaus zufrieden ist. Die Kontaktpflege mit der Wirtschaft ist dem Gemeinderat sehr wichtig. Sie stellt sicher, dass er frühzeitig über Veränderungen und auftauchende Fragen bei Firmen informiert ist. Dazu besucht die Präsidialdirektion (Wirtschaftsamt) jährlich über 80 Firmen und erhält so vor Ort Informationen aus erster Hand. Zudem werden jährlich rund 200 Anfragen zu verschiedenen Themen behandelt, in den meisten Fällen zur Zufriedenheit der Firmen. Der Gemeinderat misst der Jugendarbeit angesichts der für die Jugendlichen bestehenden Schwierigkeiten wie Jugendarbeitslosigkeit, fehlender Perspektiven, Sucht- und Gewaltproblemen eine hohe Priorität bei. Der Jugendtreff Graffiti wurde vor rund 20 Jahren mit Jugendlichen zusammen gebaut. Er ist neben dem Jugendzentrum Gaskessel, die einzige Liegenschaft in der Stadt Bern, die speziell als Jugendtreff geplant und neu gebaut werden konnte. Das Raumkonzept ist jugendgerecht und kann sehr flexibel neuen Bedürfnissen der Jugendarbeit angepasst werden. Der Treffpunkt, den der Trägerverein für offene Jugendarbeit TOJ im Auftrag der Stadt Bern führt, wird von Jugendlichen denn auch sehr stark und auf verschiedene Arten genutzt. Es ist der einzige Jugendtreffpunkt im bevölkerungsreichen Nordquartier. Im Nordquartier ist ein Jugendtreff als Basis für die offene Jugendarbeit im Quartier unverzichtbar. Der Gemeinderat hat andererseits auch Verständnis für den Wunsch der Firma Losinger Construction AG, die nähere Umgebung und namentlich die Eintrittssituation des Firmensitzes ansprechender zu gestalten. Die Umsetzung dieser Pläne würde aber einen Abriss des Jugendtreffs Graffiti bedingen. Für den Jugendtreff Graffiti wäre also ein gleichwertiger Realersatz notwendig. Konkret bedeutet dies, dass ein von der Nachbarschaft akzeptierter Standort mit einem baubewilligten Projekt vorliegen muss, bevor auf das heutige Lokal verzichtet werden kann. Der Ersatz muss für die Stadt Bern konzeptionell und finanziell vertretbar sein. Einen neuen geeigneten Standort und eine neue vielfältig nutzbare Liegenschaft für den Jugendtreff zu finden, ist aus nahe liegenden Gründen, zum Beispiel Lärmimmissionen, schwierig. Bei der Suche nach Alternativen ist ein grosses Problem, die Akzeptanz der Nachbarschaft zu finden. Dies – und nicht eine schleppende Verhandlungstaktik, wie behauptet - erklärt auch, dass es kurzfristig nicht möglich war, die Verkaufsverhandlungen erfolgreich abzuschliessen. Liegenschaftsverwaltung, StaBe und die Direktion für Bildung, Soziales und Sport haben verschiedene Standorte geprüft. Bei dem in der Dringlichen Motion genannten Grundstück an der Scheibenstrasse klärt zurzeit eine Projektgruppe ab, ob und wie die darauf stehende Baracke als Jugendtreff umgebaut werden könnte. In der Projektgruppe sind unter der Federführung der Stadtbauten die Firma Losinger, der TOJ und das Jugendamt vertreten. Die Reparatur am Gebäude des Graffiti ist wegen eines Brands, der sich im Sommer 2004 ereignete, notwendig. Beim Brand wurden vor allem Teile des Dachs und des Dachgeschosses beschädigt. Das Haus kann nicht mehr vertragskonform genutzt werden. Um die Sicherheit der Nutzerinnen und Nutzer zu gewährleisten und dringend für die Jugendarbeit benötigte Räume wieder instand zu stellen, kann die Reparatur des Hau-

ses nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Angesichts der Tatsache, dass nach einem Ersatzstandort gesucht wird, wird das ursprüngliche Sanierungsvorhaben auf die dringlichsten Massnahmen reduziert. Die hier beschriebenen Massnahmen und Vorgehensweisen sind mit der Firma Losinger abgesprochen worden. Sie ist damit einverstanden. Das Verhandlungsklima zwischen Losinger, Stadtbauten Bern und den verschiedenen Verwaltungsstellen der Stadt ist gut.

Antrag
Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Motionär *Dieter Beyeler* (SD): Ich danke Edith Olibet für ihre Antwort. Wir kennen diese Antwort jedoch bereits. Ich möchte hier klarstellen, dass ich nicht eine erneute Diskussion um die Existenzberechtigung des Jugendtreffs Graffiti auslösen möchte. Diese Argumentationen sind seit der Behandlung der Dringlichen Interpellation der SVP vom 23. Juni 2005 hinlänglich bekannt. Ausserdem hat Daniele Jenni seinerseits eine Dringliche Motion zur Sicherstellung des Betriebs des Jugendtreffs Graffiti eingereicht. Ich denke, es hat niemand etwas gegen die Existenz und Notwendigkeit dieses Jugendtreffs einzuwenden. Die Stossrichtung der vorliegenden Motion ist klar definiert. Es geht um Wirtschaftsförderung. So wie sich die Stadtverwaltung im Falle der Losinger AG verhalten hat und es immer noch tut, kann wohl niemand von Wirtschaftsförderung, wohl aber von Wirtschaftsverhinderung sprechen. Aus diesem Grund habe ich auch diesen Fall als Beispiel gewählt. Nach einem Jahr ist nun endlich etwas passiert, leider jedoch nichts, das der Stadtverwaltung Lorbeeren eingebracht hätte. Nach einem offenbar voreiligen Handschlag wurde der Firma Losinger das betreffende Grundstück für 230 000 Franken verkauft. Nur kurze Zeit später wurde der Preis um beinahe 400 Prozent erhöht. Da stellt sich schon die Frage, wie viel das Wort der Stadtverwaltung überhaupt Wert ist. Nun sind aber einige aufgewacht und haben gemerkt, dass nicht die Liegenschaftsverwaltung, sondern die Stadtbauten dafür zuständig sind. Das ist ein verwaltungsinterner Stafettenlauf im Schneckentempo. Die Stadt hat die Verantwortlichkeit verlagert, während das Gewerbe sprachlos auf der Strecke geblieben ist. Es herrscht also totale Konfusion. Die Losinger AG hat sich in den vierziger Jahren in Bern niedergelassen. Im Hauptsitz arbeiten über 100 Angestellte und die Firma zahlt ihre Steuern in der Stadt Bern. Die Stadt befindet sich nun endlich im Gespräch mit der Firma Losinger. Bevor es zu diesem Eklat gekommen ist, hatte weder jemand aus der Präsidialdirektion oder vom Wirtschaftsamt noch der Wirtschaftskoordinator Kontakt mit der Firma Losinger. Bis vor kurzem hat Jahrzehntelang kein Kontakt mit der Firma Losinger stattgefunden. Auf diese Weise lässt sich keine Wirtschaftsförderung definieren und ein solches Verhalten ist alles andere als gewerbefreundlich oder gar transparent. Genau dies hätte die Stadt Bern aber bitter nötig und ich bitte den Rat, die geforderten Punkte zu unterstützen, um einen ähnlichen Fall wie Losinger in Zukunft vermeiden zu können.

Fraktionserklärungen

Claudia Kuster (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion hat ihre Position zu diesem Thema seit der letzten Diskussion im Rat nicht geändert. Ich verzichte darauf, die Argumente zu diesem Thema noch einmal zu wiederholen, denn sie sind immer noch dieselben wie damals. Wir fordern, einen Realersatz für das Graffiti, der nicht zu Lasten der Stadt geht. Wir sind sehr erfreut darüber, dass es zu einer guten Zusammenarbeit zwischen der Firma Losinger, der Stadt und dem TOJ gekommen ist. Wir gehen davon aus, dass es in absehbarer Zeit zu einer Lösung kommen wird, die für alle Beteiligten zufrieden stellend ist. Die SP/JUSO-Fraktion erachtet die Dringliche Motion für überflüssig und lehnt sie ab.

Beat Schori (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Nach der Debatte vom letzten Donnerstag war ich mir nicht mehr ganz sicher, ob es eine Wirtschaftsförderung überhaupt braucht, nachdem neue Arbeitsplätze anscheinend nicht erwünscht sind. Wenn ich die Motion von Dieter Beyeler lese und mit den Medienberichten und den Aussagen der Gemeinderätin vergleiche, bin ich eigentlich der Meinung, dass die vorliegende Motion in ein Postulat umgewandelt werden müsste. Die Fraktion SVP/JSVP lehnt die Motion ab, würde jedoch einem Postulat zustimmen. Wir sind froh, wenn die Behörden versuchen, zusammen mit der Verwaltung und den Firmen zu einer guten Lösung zu kommen. Da es so aussieht, dass eine gute Lösung gefunden werden kann, unterstützen wir höchstens ein Postulat.

Stephan Hügli für die Fraktion FDP: Es geht bei der vorliegenden Motion nicht um das Graffiti, sondern um Wirtschaftsförderung. Dabei stellt sich die Frage, wie sich die Regierung verhält, wenn es auf dem Boden der Stadt Bern zu Interessenkonflikten kommt, welche nur mit Hilfe der Stadt gelöst werden können. In solchen Situationen ist einerseits der Gemeinderat, andererseits aber auch die Wirtschaftsförderung gefragt. Vom Grundgedanken her weist der Vorstoss in die richtige Richtung. Da jedoch Bewegung in die Sache gekommen ist, ist die Fraktion FDP lediglich dazu bereit, die Motion in der Form eines Postulats zu unterstützen.

Einzelvoten

Daniele Jenni (GPB): Wenn man die vorliegende Motion uminterpretieren würde, ginge es um eine Wirtschaftsförderungsdebatte. Wenn man aber die Motion liest, wird klar, dass es letztlich nur um den Jugendtreff Graffiti geht. In diesem Sinne ist dieser Vorstoss sowohl als Motion wie auch als Postulat zur einen Hälfte hinderlich und zur anderen überflüssig. Die Motion fordert die Sistierung der Baupublikation der Stadtbauten Bern betreffend Renovation des Jugendtreffs Graffiti. Wenn der Gemeinderat sich bereit erklärt, die vorliegende Motion als Postulat entgegenzunehmen, heisst das konkret, dass der Gemeinderat überprüfen müsste, ob er mit den Arbeiten am gegenwärtigen Objekt zuwarten will. Diese Arbeiten sind jedoch dringlich. Entsprechend fragt sich, was es da zu prüfen gibt, denn der Gemeinderat hat selbst gesagt, er wolle die dringlichsten Renovierungsarbeiten vorantreiben. Ich hoffe jedoch, dass nicht nur das Dringlichste, sondern auch das Nötige gemacht wird, denn es könnte angesichts der zu erwartenden Einsprachen länger dauern, bis ein neuer Standort gefunden werden kann. Die Forderung einer Prüfung ist auch als Postulat nur hinderlich. Wenn man umgekehrt sagt, der vorgeschlagene neue Standort sei umgehend zu überprüfen, so ist zu sagen, dass dies gemäss Aussagen des Gemeinderats offensichtlich bereits im Gange ist. Der neue Standort präsentiert sich im jetzigen Moment als untauglich. Zudem setzt es einen Neubau voraus, damit sich das Graffiti überhaupt dort niederlassen könnte. Dies ist alles bereits bekannt und es gibt nichts mehr zu prüfen. Daher ist dieser Vorstoss ein Irrläufer und ich bitte den Rat, hier die einzige sinnvolle Konsequenz zu ziehen, nämlich den Vorstoss sowohl als Motion wie auch als Postulat abzulehnen.

Edith Olibet: Ich kann keine andere Antwort auf die Forderungen der Motion geben, weil keine andere Antwort möglich ist. Wenn Dieter Beyeler nicht zufrieden ist, kann ich nichts machen. Die Stadtbauten Bern sind zuständig, weil das Mietobjekt beziehungsweise der Boden im Besitz der Stadtbauten ist und die Stadtbauten entsprechend dafür zuständig sind. Von einer totalen Konfusion kann überhaupt nicht die Rede sein. Wenn der Motionär über Wirtschaftsförderung diskutieren will, sollte er dies im Vorstoss auch klar definieren. In den vier Forderungen der Motion geht es nicht um Wirtschaftsförderung im Allgemeinen. Ich möchte einfach sagen, dass die Stadt Bern eine der wenigen Orte in der Schweiz ist, der 126 000 Einwohne-

rinnen und Einwohner und etwa 140 000 Arbeitsplätze hat. Es gibt wahrscheinlich keine einzige Stadt in der Schweiz, bei der Einwohnerzahlen und Arbeitsplätze in einem solcher Verhältnis stehen. Zum Votum von Daniele Jenni: Man hätte sagen können, dass die Antwort des Gemeinderats gleichzeitig als Prüfungsbericht gelte. Es ist jedoch einfacher, wenn zuerst das Postulat überwiesen und erst dann einen Prüfungsbericht verfasst wird, als in einzelnen Punkten Ablehnung und Umwandlung in ein Postulat zu fordern.

Dieter Beyeler (SD): Ich teile die Meinung des Gemeinderats nicht. Ich habe die Wirtschaftsförderung klar definiert. Die SP/JUSO-Fraktion hält sich an das Prinzip „Kommt Zeit, kommt Rat“. Die FDP stellt richtigerweise einen Interessenkonflikt fest. Daniele Jenni erachtet alles für überflüssig, was in die Richtung der vorliegenden Motion geht und möchte das Gebäude unbedingt am alten Standort stehen und renovieren lassen. Damit zeigt er klar keinerlei Gesprächsbereitschaft. Auch dies ist nicht gerade wirtschaftsfreundlich. Wenn ich die Meinung der Parteien, die sich geäussert haben, auslote, bin ich bereit **die Motion in ein Postulat umzuwandeln**.

Beschluss

Der Rat lehnt die in eine Postulat umgewandelte Dringliche Motion Beyeler/Riesen (SD) mit 21 : 41 Stimmen ab.

2 Dringliche interfraktionelle Interpellation SP/JUSO, GB/JA!, GFL/EVP (Michael Aebersold, SP/Martina Dvoracek, GB/ Ueli Stückberger, GFL): Neuer Richtplan ESP Wankdorf; Was sagt die Stadt und wohin geht die Reise?

Geschäftsnummer 05.000279 / 05/153

Zusammen mit der Stadt Bern und den betroffenen Agglomerationsgemeinden hat der Kanton Bern die Revision des Richtplans ESP Wankdorf an die Hand genommen. Hinter den Kulissen laufen die Arbeiten auf Hochtouren. Die zuständige Quartierkommission wurde informiert und eine erste „interne Vemehmlassungsrunde“ ist am Laufen. Sowohl aus planerischer wie auch aus verkehrspolitischer Sicht ist das Nordquartier bereits heute stark belastet und eine Entlastung zeichnet sich nicht ab. Seit den 90er Jahren wurden deshalb viele parlamentarische Vorstösse zur Eindämmung des Verkehrs, zur Aufwertung des Wohnumfelds und zur Verbesserung der Lebensqualität im Nordquartier eingereicht und vom Stadtrat überwiesen; viele davon sind noch immer nicht erfüllt.
Auch von Behördenseite wurden etliche Versuche unternommen, Planung und Verkehr in Berns Norden in den Griff zu bekommen. Die Erarbeitung der Richtpläne für das Nordquartier erweist sich jedoch als schwierig und ob die neuen Schutzmassnahmen im Zusammenhang mit dem „Stade de Suisse“ Wankdorf von Erfolg gekrönt sind, muss sich erst noch zeigen. Bereits stehen – z.B. mit dem Eisstadion – neue Grossprojekte an. Die Wankdorfkreuzung soll für über 100 Millionen Franken ausgebaut werden. Dafür harzt es mit der dringend notwendigen Verlängerung der Tramlinie 9 bis zur S-Bahnstation Wankdorf. Ein koordiniertes Vorgehen drängt sich auf und es erstaunt deshalb, wenn der Richtplan ESP Wankdorf von 1996 – im Prinzip ein einzelner wenn auch wichtiger Puzzlestein für das Nordquartier – von Kanton nun herausgegriffen wird und bereits wieder überarbeitet werden soll. Wir stellen dem Gemeinderat deshalb folgende Fragen:

1. In welchem Stadium der Erarbeitung befindet sich der Richtplanentwurf ESP Wankdorf, wer ist zurzeit an der Erarbeitung beteiligt und kann zum Entwurf vom 27. Juni 2005 Stel-

lung nehmen (Gemeinden, Ämter, Vereine, Organisationen, Parteien etc.), welches sind die weiteren Schritte zur Erarbeitung und Fertigstellung des Richtplans und wie sieht der Zeitplan aus?
2. Was sind die Hauptinhalte des neuen Richtplanentwurfs ESP Wankdorf und welches sind die wichtigsten Unterschiede zum heute gültigen Richtplan von 1996? Wie weit konnten die Ziele des Richtplans von 1996 erreicht werden z.B. bezüglich dem angestrebten Modalsplit, der Einhaltung der Umweltvorschriften und dem Schutz der angrenzenden Wohngebiete vor zusätzlicher Belastung?
3. Welche Schwerpunkte setzt der Gemeinderat im ESP Wankdorf, was sind seine Vorstellungen betreffend zukünftiger Nutzung und Nutzungspotential, Fahrtenaufkommen, Fahrtenkontingente und Umweltbelastung, Parkierung sowie öffentlichem Verkehr?
4. Wie wird die zukünftig erlaubte Nutzung mit den Anforderungen der Erschliessung, des Umweltschutzes und dem Schutz der Anwohner abgestimmt? Wo muss die Verkehrsinfrastruktur zur Erschliessung ausgebaut werden und mit welchen Kosten muss die Stadt rechnen?
5. Wie wird sichergestellt, dass die Vorschriften des Umweltschutzes zukünftig eingehalten werden? Ist im Rahmen der Neuauflage des Richtplans vorgesehen, eine Liste der neuralgischen Strassenabschnitte mit Angaben zum Ausmass der Überlastung zu erarbeiten?
6. Wo sieht der Gemeinderat Konflikte mit den Vorstellungen des Kantons und den benachbarten Gemeinden?
7. Wie koordiniert der Gemeinderat die Erarbeitung des Richtplans ESP Wankdorf mit den weiteren Planungs- und Verkehrsvorlagen im Nordquartier (insbesondere mit dem Richtplan für das Nordquartier) und wo sieht er Konflikte?
8. Wann kann sich der Stadtrat zum Richtplan äussern und wann wird die Öffentlichkeit informiert?

Begründung der Dringlichkeit:
Die Arbeiten sind weit fortgeschritten und die Stadt muss in Kürze zum Richtplanentwurf Stellung nehmen. Vorgängig muss im Stadtrat darüber die Diskussion geführt werden.

Bern, 18. August 2005

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* beantwortet die Dringliche interfraktionelle Interpellation im Namen des Gemeinderats wie folgt: Die vorliegende Antwort ist ziemlich lange. Komplexe Fragen kann man entweder einigermassen umfassend beantworten, ansonsten aber ist der Weg der Dringlichkeit mit der mündlichen Beantwortung ein schwieriger Weg. Der Richtplan wurde 1995/96 erarbeitet und genehmigt. Die Behördendelegation ESP Wankdorf hat am 21. Oktober 2003 die Revision des Richtplans beschlossen und am 11. Mai 2004 die Arbeiten an ein privates Planungsbüro (Ecoptima) vergeben. In den Jahren 2000 und 2002 wurde er zweimal teilrevidiert. Die erste Teilrevision umfasste vor allem den Einbezug des Schermenareals. Die zweite Revision beinhaltete die Abstimmung von Siedlung und Verkehr im Umfeld der S-Bahn-Stationen. Im Vorgehensvorschlag zur Gesamtrevision Richtplan vom 21. Oktober 2003 ging die Projektkoordination ESP Wankdorf von einer Aktualisierung und insbesondere von einer Überprüfung der Methodik sowie Vereinfachung und Flexibilisierung des Instruments Richtplan aus. Neue Projekte (z.B. Eisstadion) sollten parallel von den Vorhabensträgern und den betroffenen Körperschaften entwickelt werden und als zu berücksichtigende Grösse in den neuen Richtplan aufgenommen werden. Gestützt darauf wurde der zeitliche und finanzielle Aufwand festgelegt. Ende 2004 lag der 1. Teil des Richtplans, d.h. der „anzustrebende Zustand“ für die Bereiche Nutzung, Städtebau/Grün- und Lebensräume, Verkehr und Umwelt im Entwurf vor und wurde den kantonalen und kommunalen Fachstellen zur Stel-

lungnahme unterbreitet. Es zeigte sich, dass die bestehenden Teilresultate nicht einfach zu einem aktualisierten Richtplan zusammengebaut werden konnten. Zusätzliche Koordination wurde notwendig um einen Konsens über die sich immer wieder ändernden Rahmenbedingungen des Richtplans zu finden. Hinzu kamen neue Nutzungspotentiale wie die Neubewertung der VBS-Liegenschaften mit zusätzlichen Nutzungsansprüchen, die teilweise erhöhte bauliche Nutzung im Bereich des Springgartens oder die Konkretisierung der Strategischen Arbeitszone (SAZ) Ostermundigen sowie unterschiedliche, zu berücksichtigende Betriebszustände auf dem Strassennetz, die als Ganzes neue Anforderungen an das Verkehrssystem im ESP Wankdorf (inkl. Sanierung des Wankdorfplatzes) stellen. Ging man anfangs der Revision davon aus, die Mantelnutzung des Eisstadions mit relativ einfachen Überlegungen in das Gesamtsystem einordnen und bewerten zu können, so eröffnen sich nun mit mehreren neuen Nutzern und den verschiedenen Betriebszuständen eine Reihe von Variablen, die Rückkoppelungen auf bisher klar erscheinende Entscheide und auf bis heute wenig betroffene Infrastrukturen haben, wie den Umfahrungsring Mingerstrasse – Bolligenstrasse, Bolligenstrasse, Knoten Schermenweg, Öffnung Schermenweg, Zufahrt Parkierungsstandorte etc. Gestützt auf die Ergebnisse der internen Vernehmlassung des ersten Entwurfs im Dezember 2004 war aus der Sicht der Fachstellen ein Optimierungsprozess unerlässlich, der eine Abstimmung der Nutzungspotentiale mit der Verkehrsinfrastruktur und mit der Umwelt erlaubt. Für die materielle Bearbeitung des Optimierungsprozesses wurde unter der Führung des kantonalen Tiefbauamts gemeinsam mit den betroffenen Gemeinden ein Vertiefungsauftrag (Studie „Siedlung + Verkehr Wankdorf“) ausgelöst. Unter diesen neuen Rahmenbedingungen erfordert die Erarbeitung des Richtplans eine terminliche und inhaltliche Koordination mit dem Vertiefungsauftrag des Kantons. Der ursprünglich festgelegte Zeitplan, der eine öffentliche Mitwirkung im September-Oktober 2005 vorgesehen hat, muss daher verschoben werden. Ein Teil, der in der Dringlichen Interpellation gestellten Fragen kann aus diesem Grund zu diesem Zeitpunkt noch nicht in befriedigendem Masse beantwortet werden.

Zu Frage 1: Der Richtplanentwurf war im Juli/August 2005 zur fachlichen Stellungnahme in einer internen Vernehmlassung bei den Mitgliedern der Projektkommission ESP Wankdorf. Stadtintern wurde das Stadtplanungsamt mit der Ausarbeitung einer koordinierten Stellungnahme beauftragt. Für die weiteren Schritte hat der Zeitplan ursprünglich folgendes vorgesehen:

- Öffentliche Mitwirkung: September / Oktober 2005
- Anpassung/Vorprüfung: November 2005 - März 2006
- Bereinigter Richtplan: Mai 2006
- Beschlussfassung: 3. Quartal 2006

Die Vernehmlassung hat gezeigt, dass ohne Kenntnis des Resultats aus der Studie Siedlung + Verkehr eine koordinierte, fachliche Stellungnahme nicht möglich ist. Die Ergebnisse der Studie sind auf Ende Jahr zu erwarten, so dass sich der oben erwähnte Zeitplan entsprechend verschieben dürfte.

Zu Frage 2: Ziel und Aufgaben der Richtplanung sind die gegenseitige Abstimmung von Nutzungszonen, Erschliessung und Verkehr. Der Richtplan bezieht sich auf den Schutz von Ortsbild, Landschaft und Kulturobjekten, die Gestaltung von Siedlung und Erholungsräumen, öffentlichen Anlagen und Einrichtungen und auf die zu treffenden planerischen Massnahmen (Art. 68, Abs. 2 BauG). Der Richtplan 2005 hat gegenüber dem von 1995 die Aufgabe, neue Entwicklungen und Projektabsichten wie z.B. das Haus des Sports (beim Eisstadion), die Umnutzung und Verdichtung der VBS-Areale, der Umgang mit den Freiflächen „Grosse und Kleine Allmend“, „Springgarten“ sowie eine kantonale, strategische Arbeitszone (SAZ) im Gebiet „Mösli“ / Ostermundigen in die Struktur des bestehenden Instruments zu integrieren. Mit dem Bau der S-Bahnhaltestelle konnte eine erste Infrastrukturvoraussetzung für die Erreichung eines hohen öV-Anteils beim Verkehr von / zum ESP erfüllt werden. Die Verlängerung der

Tramlinie 9 zur S-Bahn soll später mit der Sanierung des Wankdorfplatzes erstellt werden. Es ist vorgesehen, ein Verkehrs- und Umweltmonitoring im ESP aufzubauen, um die Zielerreichung zu überprüfen.
Zu Frage 3: Schwerpunkt ist die nachhaltige Umsetzung des gemäss Grundordnung möglichen Nutzungspotentials, insbesondere die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Umfeld der S-Bahn-Stationen. Für die beiden Allmenden sind Zonenplanänderungen notwendig, im VBS-Areal Bolligenstrasse hat die Stadt eine Option für ein Tramdepot angemeldet. Der Schutz der angrenzenden Wohnquartiere vor zusätzlichem Autoverkehr ist weiterhin prioritär. Der Mehrverkehr aus dem ESP soll über stärker belastbare Achsen des Stadtnetzes möglichst direkt auf das Kantonsstrassennetz und auf die Autobahnen gelenkt werden. Gleichzeitig wird der Verkehr in die Quartiere stärker dosiert (z.B. beim Guisanplatz). Zum Schutz der Wohnquartiere vor Fremdparkierung bei Grossveranstaltungen wurden bereits sehr weit reichende flankierende Massnahmen umgesetzt. Mit den Betreibern des Stade de Suisse wurde eine Controllingvereinbarung zum Fahrtenkontingent abgeschlossen, mit der unter anderem auch die Schritte festgelegt sind, die bei einer Überschreitung der zulässigen Fahrtenzahl zu ergreifen sind. Das Umfeld des Stade de Suisse ist in dieses Controlling einbezogen.
Zu Frage 4: Die bereits in Betrieb genommene S-Bahnhaltestelle, die Verknüpfung der S-Bahn mit dem lokalen öV, die Verlängerung der Tramlinie 9 zur S-Bahn und die Sanierung des Wankdorfplatzes (inkl. Verlegung der Autobahnanschlüsse) bilden eine Voraussetzung für die Erschliessung der geplanten Zusatznutzungen. In der bereits erwähnten Studie „Siedlung + Verkehr“ werden die Abhängigkeiten detaillierter untersucht, so dass im Richtplan festgelegt werden kann, welche zusätzlichen Nutzungen welche Infrastrukturausbauten erfordern. Es ist davon auszugehen, dass die Stadt an den geplanten Infrastrukturausbau einen Beitrag von rund 25 Millionen Franken, verteilt über fünf Jahre, wird leisten müssen. Grundlage für die Beantwortung dieser Frage wird die Studie „Siedlung und Verkehr“ sein. Erste Resultate werden Ende 2005 vorliegen.
Zu Frage 5: Die Belastbarkeit der einzelnen Strassenabschnitte wird im Richtplan definiert.
Zu Frage 6: Allfällige Konflikte können auf der Ebene Projektkommission ESP Wankdorf oder nötigenfalls in der Behördendelegation ESP Wankdorf geregelt werden. Zurzeit kann der Gemeinderat keinen Konflikt zu den Vorstellungen des Kantons und den benachbarten Gemeinden ausmachen, die nicht in den oben erwähnten Gefässen geregelt werden könnten. Unter Umständen wird auf der Grundlage der Studie „Siedlung + Verkehr“ eine Etappierung in der Umsetzung von Nutzungspotentialen festgelegt werden müssen, die zwischen den betroffenen Partnerinnen und Partner noch auszuhandeln ist. Zur Einhaltung der Umweltschutzauflagen braucht es ein Steuerungsorgan, in dem auch Vertreter der Umweltschutzbehörden vertreten sind, in diesem Falle das AfUL sowie das BECO, da die Richtplanung die Gemeindegrenzen überschreitet.
Zu Frage 7: Quartierplan und Teilverkehrsplan für den Stadtteil 5 sowie der Richtplan ESP Wankdorf müssen als Raumpläne so aufeinander abgestimmt sein, dass sie widerspruchsfrei die angestrebte Entwicklung der Gemeinde zeigen. Quartierplan und Teilverkehrsplan für den Stadtteil 5 haben bestimmte Sachgebiete im Bereich des ESP Wankdorf übernommen und diese zur Mitwirkung aufgelegt. Ziel ist es, die kommunalen Teilpläne Quartier und Verkehr und den Richtplan ESP Wankdorf so aufeinander abzustimmen, dass Widersprüche vermieden werden.
Zu Frage 8: Der Richtplan ESP Wankdorf basiert auf den gesetzlichen Bestimmungen von Artikel 68 BauG. Der Richtplan ist verwaltungsanweisend und bindet den Gemeinderat und dessen Verwaltung. Durch die Zustimmung der weiteren beteiligten Partner wird diese Verbindlichkeit auch auf sie ausgedehnt. Die Behörden sorgen dafür, dass die Bevölkerung bei der Richtplanung frühzeitig und in geeigneter Weise mitwirken kann. Der Stadtrat und die Öffentlichkeit werden frühzeitig und in geeigneter Weise über den Beginn der öffentlichen

Mitwirkung orientiert. Die Mitglieder des Stadtrats und die Öffentlichkeit (als Privatpersonen) werden dabei die Möglichkeit haben, sich über den Richtplan zu äussern.

Einzelvoten

Interpellant *Michael Aebersold* (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort. Der Vorteil der Dringlichen Vorstösse besteht darin, dass man zuhören muss, was ich interessiert getan habe. Diese Woche haben wir erfreuliche Nachrichten aus dem Regierungsrat erhalten. Er möchte in diesem Bereich jetzt offensichtlich planen und koordinieren. Dieser Paradigmenwechseln kann vielleicht als Eingeständnis einer bislang etwas falschen Mobilitätspolitik verstanden werden. Der Regierungsrat sieht beim Veloverkehr ein Wachstumspotential von 50 bis 100 Prozent. Es zeichnen sich gute Förderungsmassnahmen für eine intelligente Mobilität ab. Auch die Geldverteilung zeigt, dass neue Zeichen gesetzt werden und nicht mehr nur in Strassen, sondern auch in öV, Fuss- und Veloverkehr sowie kombinierte Mobilität investiert wird. Dabei ist klar, dass auch für die Strasseninfrastruktur etwas übrig bleibt. Diese neuen Signale aus dem Kanton bestätigen uns in der RGM-Politik der Stadt Bern. Daher ist das Timing für die Diskussion der vorliegenden Interpellation beinahe perfekt, denn beim ESP Wankdorf geht es auch um eine Mobilitätsplattform in dem Sinne, als wir auch hier öV, MIV, Fuss- und Veloverkehr haben. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort nicht wirklich inhaltlich Stellung genommen. Wir haben jedoch auch nicht beabsichtigt, heute Abend eine detaillierte inhaltliche Diskussion zu führen. Ich gehe davon aus, dass die wenigsten der Anwesenden einen solchen Richtplanentwurf besitzen. Es ist uns jedoch wichtig ist, dass bezüglich Vorgehen und Stand der Diskussion Transparenz geschaffen wird. Zudem ist es uns wichtig, unsere Anliegen und Interessen mitzuteilen. Bezüglich Transparenz habe ich gehört, dass sich der Prozess verzögert hat, was bei solch grossen Projekten auch normal ist. Wir sind sehr daran interessiert, die Studie „Siedlung und Verkehr Wankdorf“ zu erhalten, denn sie wird mit Sicherheit eine wichtige Grundlage zur Beurteilung des ESP Wankdorf bilden. Ich habe gehört, dass die Bevölkerung frühzeitig und in geeigneter Weise wird mitwirken können und dass der Stadtrat wie auch die Öffentlichkeit rechtzeitig über den Beginn und die öffentliche Mitwirkung orientiert werden. Es muss noch klar definiert werden, was unter „in geeigneter Weise“ und unter den Mitwirkungsprozessen verstanden wird. Ich denke, wir sind alle an diesem ESP interessiert. Insbesondere aber auch die Bevölkerung des Nordquartiers. Ich möchte hier nicht Kritik daran üben, dass bezüglich Inhalt noch nicht viel Fleisch am Knochen ist. Es wurden positive Zeichen gesetzt wie beispielsweise der Schutz der angrenzenden Wohnquartiere vor dem zusätzlichen Autoverkehr. Dies darf nicht zu einer Floskel verkommen und wir erachten es als äusserst wichtig, dass die Stadt klare Vorschläge unterbreitet. Die Frage des Umweltmonitorings erachten wir ebenfalls als sehr nützlich. Auch hier ist es wichtig, dass man genau weiss, was man im Falle von Grenzwertüberschreitungen konkret unternehmen muss. Es wäre sinnlos, ein Controlling beziehungsweise ein Monitoring einzuführen ohne zu wissen, welche Massnahmen im Fall des Falles einzuleiten wären. Die Frage nach dem Nutzungspotential liegt uns sehr am Herzen, ist jedoch unbeantwortet geblieben. Offensichtlich sind gegenüber dem Richtplan von 1996 massive Veränderungen vorgesehen. Die Frage nach dem Fahrtenaufkommen oder der Parkplatzbewirtschaftung ist für uns sehr zentral. Auch die Wankdorfkreuzung stellt einen zentralen Punkt im ESP dar. Dazu haben wir eine Interpellation eingereicht, welche wir noch miteinander diskutieren werden. Auch hier stellt sich die Grundsatzfrage, wie viel Geld man für zusätzlichen MIV aufwenden möchte, den eigentlich niemand will und den wir lieber umlagern würden. Wir sind für eine intelligente Planung und Koordination und nicht für Beton. Für uns steht klar der öV sowie der Fuss- und Veloverkehr im Vordergrund. Die Tramlinie Nummer 9 muss bis zur S-Bahnstation verlängert werden. Wichtig sind uns zudem die Einhaltung der Umweltschutzvorgaben sowie der Schutz der Be-

völkerung. Wir werden die Änderungen gegenüber dem Richtplan von 1996 in Bezug auf allfällige negative Auswirkungen genau untersuchen und die Unterschiede zwischen diesen beiden Plänen bis ins Detail studieren. Wir verlangen von der Stadt, dass sie in unsere Richtung geht. Der Richtplan ist behördenverbindlich, aber am Ende sagt die Politik, was sie möchte. Die öffentliche Diskussion muss durch die entsprechenden Grundlagen ermöglicht werden. Bezüglich Zufriedenheit möchte ich mich mit den Mitinterpellanten absprechen, damit wir eine konsolidierte Meinung äussern können.

Interpellantin *Martina Dvoracek* (GB): Ich möchte mich auch im Namen der Fraktion GB/JA! für die Antwort des Gemeinderats bedanken. Es war uns ein Anliegen, bezüglich Arbeiten rund um den Richtplan ESP Wankdorf etwas mehr Licht ins Dunkel zu bringen. Der Einfluss, den die ganze Entwicklung in diesem Gebiet auf das Nordquartier hat sowie die dadurch entstehenden Dynamik und ihr Einfluss auf die Lebensqualität in diesem Stadtteil, sind zu wichtig, als dass die Diskussion und Entwicklung lediglich im Rahmen der Behördendelegation stattfinden sollte. Es ist uns sehr wichtig, dass die Einbindung, Information und Öffentlichkeitsarbeit auch wirklich frühzeitig einsetzt, damit in der Folge das Quartier und alle betroffenen Institutionen, Organisationen und Parteien auch inhaltlich mitreden können. Wir sind mit der Antwort zufrieden. Auch wenn jetzt noch einiges nicht konkret ist, werden wir nach der Präsentation der Arbeitsschritte die Gelegenheit haben, uns inhaltlich genau zu äussern.

Die Interpellantinnen und Interpellanten sind mit der Antwort zufrieden.

3 Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Mario Imhof): Einseitige, manipulierte Abstimmungspropaganda vor einer Volksabstimmung auf Kosten der Steuerzahler mit der Ausstellung „Eine saubere Sache – Bern auf dem Weg zur modernen Abfallentsorgung“

Geschäftsnummer 05.000280 / 05/154

Die Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün von Frau Gemeinderätin Rytz und die ihr unterstellte städtische Abfallentsorgung eröffneten am 8. August 2005 im Kornhausforum die Ausstellung zum erwähnten Thema. Diese soll auch umgehend in den Quartieren gezeigt werden. Ferner werden in der ganzen Stadt Plakatträger aufgestellt, wie es in der Regel nur für Wahlkämpfe üblich und bewilligt ist. Die Ausstellung wird somit noch schnell vor dem nahenden Abstimmungstermin vom 25. September der Bevölkerung aufs Auge gedrückt.
Der Inhalt der sogenannten „Ausstellung“, die eigentlich nur aus Plakaten mit geschriebenen Thesen besteht, und deshalb den Namen „Ausstellung“ nicht verdient, gaukelt der Bevölkerung eine heile, einseitige Welt in der Abfallentsorgung vor. Dies mit seit Jahren bekannten Inhalten, die die daraus entstehenden Problematiken jedoch bewusst ausblendet (z.B. Die neue Berechnung der Abfallgrundgebühren, die grosse Wohnungen grundlos übermässig belasten oder die aus dem Konzept resultierende Konkurrenzierung von privaten Recyclingfirmen durch die Stadt mittels Steuergeldern, was zum Verlust von Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft führt).
Neue oder gar innovative Ansätze bei der Abfallentsorgung, was ja – wenn schon – der Sinn der Ausstellung sein müsste, sind demgegenüber keine erkennbar.
Wenn es dem Gemeinderat wirklich um „die Information der Bevölkerung über ein neues Konzept“ ginge, so müsste er zwingend warten, bis die Volksabstimmung vorbei ist und feststeht, dass dieses Konzept auch wirklich in die Tat umgesetzt werden kann. Sollte die Vorlage nämlich vom Volk abgelehnt werden – und davor hat der Gemeinderat ganz offensichtlich und

zurecht Angst – so ist die ganze teure Ausstellung sinnlos und die Bevölkerung wurde über etwas Nicht-Existierendes „informiert". Daraus ergibt sich klar, dass die angebliche „Information" zuallererst Abstimmungspropaganda auf Kosten der Steuerzahler ist.
Bei jedem neuen Konzept entstehen zudem auch negative Aspekte, die aber hier bewusst nicht kommuniziert werden, so dass sich die Bevölkerung kein echtes umfassendes Bild machen kann. Diese aktive, initiierte Abstimmungspropaganda auf Kosten der Bevölkerung durch die Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün vor einer Volksabstimmung ist politisch nicht vertretbar.
Wir bitten den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Gemeinderat auch unserer Ansicht, dass eine solche Ausstellung zu diesem Zeitpunkt einen Einfluss auf das Abstimmungsergebnis hat? Wenn Nein, warum nicht?
2. Ist der Gemeinderat deshalb bereit, die „Ausstellung" bis nach der Volksabstimmung vom 25. September zu sistieren?
3. Wie hoch sind die Vollkosten der Ausstellung und welchem Budget werden diese belastet?

Sollte Frage 2 „negativ" beantwortet werden, bitten wir um Beantwortung der Anschlussfragen:

4. Ist der Gemeinderat bereit, die Ausstellungsinhalte mit den kritischen Aspekten zu ergänzen, so dass sich die Bevölkerung ein umfassendes Bild, mit allen Aspekten machen kann?
5. Ist der Gemeinderat bereit, demokratisch korrekt auch die Meinung der Ratsminderheit zu respektieren und in die Ausstellung einfliessen zu lassen? (Volksvorschlag, Referendum)
6. Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass diese Aktion eine (Abstimmungs)Beschwerde nach sich ziehen kann?

Begründung der Dringlichkeit:
Die Abstimmung findet am 25. September 2005 statt, nachher macht die Diskussion keinen Sinn mehr.

Bern, 18. August 2005

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* beantwortet die Dringliche Interpellation im Namen des Gemeinderats wie folgt: Am 21. August 2003 hat der Stadtrat *zustimmend* Kenntnis genommen vom Abfallentsorgungskonzept 2003, das, gestützt auf eine Situationsanlayse, Ziele für die Erneuerung der städtischen Abfallentsorgung im Sinne von mehr Nachhaltigkeit, mehr Wirtschaftlichkeit und mehr Bevölkerungsnähe vorgibt und in einem ersten Massnahmenkatalog auch aufzeigt, wie diese Ziele erreicht werden sollen. So gesehen beschreibt das Konzept den Weg zu einer modernen Abfallentsorgung in der Stadt Bern.
Im Kapitel 8 des Abfallentsorgungskonzepts („Umsetzung der Massnahmen und Öffentlichkeitsarbeit") heisst es, nach der Genehmigung des Konzepts werde es darum gehen, dieses Schritt für Schritt umzusetzen. Dabei werde mit einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit „die notwendige Überzeugungsarbeit zu leisten" sein. Diese Aussage war bei der Konzeptbehandlung im Stadtrat in keiner Weise umstritten. Vielmehr unterstrich beispielsweise die Sprecherin der Fraktion GB/JA!/GPB: „Von der Bevölkerung wird eine gewisse Umgewöhnung verlangt, was eine intensive und vor allem gut verständliche Öffentlichkeitsarbeit seitens der Stadt voraussetzt."
Die Abfallentsorgung betreibt diese Öffentlichkeitsarbeit schon seit Jahren, regelmässig und wegen der wachsenden Abfall- und Sauberkeitsproblematik im öffentlichen Raum mit steigender Intensität – mit Publikationen und Aktionen, mit Mediencommuniqués und im Internet, mit Ausstellungen und Informationsständen auf öffentlichen Plätzen.

In diesem Kontext ist auch die neue Ausstellung zu sehen, mit der versucht wird, die Inhalte des Abfallentsorgungskonzepts 2003 zu vermitteln und die Bevölkerung zur Auseinandersetzung mit den Fragen der Abfallvermeidung, -verminderung und -verwertung anzuregen.
Zu Frage 1: In der Abstimmung vom 25. September 2005 geht es um das Abfallreglement und den dazu eingereichten Volksvorschlag. Beides wird in der Ausstellung nicht thematisiert. Die Plakattexte stehen auch nicht im Widerspruch zu den Inhalten des Volksvorschlags, der zwar ein anderes, aber ebenfalls ein neues Gebührenmodell fordert und sich weder gegen die im Reglement verankerten zwei grossen städtischen Entsorgungshöfe noch gegen die Schaffung von Quartierentsorgungsstellen wendet. Wenn die Ausstellung im Hinblick auf die Abstimmung vom 25. September etwas bewirkt, dann wohl nicht die Begünstigung der einen oder der anderen Vorlage, sondern eher eine vertiefte Auseinandersetzung der Bürgerinnen und Bürger mit dem Abstimmungsgegenstand an sich.
Zu Frage 2: Der Gemeinderat sieht keine Notwendigkeit für eine derartige Massnahme. Die in Bezug auf das Abfallreglement und den Volksvorschlag neutral gehaltene Ausstellung macht keine Propaganda für oder gegen die den Stimmberechtigten unterbreiteten Vorlagen.
Zu Frage 3: Zunächst ist festzuhalten, dass für die Kommunikationsarbeit der Abfallentsorgung keine Steuergelder eingesetzt werden. Die Finanzierung der Abfallentsorgung erfolgt vielmehr über eine Sonderrechnung durch die zweckgebundenen Gebühren (Grundgebühr, Sackgebühr) und die aus dem Verkauf der Wertstoffe erzielten Einnahmen.
Die Rechnungen für die Erarbeitung und Durchführung der Ausstellungen zum Abfallentsorgungskonzept liegen erst teilweise vor. Budgetiert ist ein Aufwand von Fr. 39 550.00. Dieser Betrag teilt sich wie folgt auf:

Textredaktion	Fr.	13 300.00
Detailgestaltung	Fr.	13 300.00
Druckkosten	Fr.	7 202.00
Öffentlichkeitsarbeit	Fr.	2 300.00
Eröffnung mit Apéro	Fr.	1 278.00
Spesen (Mieten, Kopien, etc.)	Fr .	2 170.00

Hinzu kommen interne Kosten in der Grössenordnung von Fr. 5 000.00, so dass sich Gesamtkosten von Fr. 44 550.00 ergeben. Belastet werden die Kosten der Ausstellung der Produktegruppenrechnung der Abfallentsorgung.
Zu Frage 4 + 5: Die Ausstellung ist, wie erwähnt, keine auf die Abstimmung über das Abfallreglement ausgerichtete Propagandaveranstaltung und – anders als die vom Stadtrat genehmigte Botschaft an die Stimmberechtigten – auch keine offizielle behördliche Abstimmungsinformation, sondern Teil der seit Jahren systematisch betriebenen und auch für die Zukunft beabsichtigten Öffentlichkeitsarbeit zur Abfall- und Sauberkeitsproblematik. Die vermittelten Inhalte bieten keinen Ansatzpunkt für kontroverse Darstellungen, jedenfalls nicht im Hinblick auf die jetzt anstehende Abstimmung über das Abfallreglement.
Zu Frage 6: Der Gemeinderat stellt fest, dass Beschwerden immer öfter als Instrument der politischen Auseinandersetzung eingesetzt werden. Die Rechtmässigkeit seiner Handlungen hat einen hohen Stellenwert; sie halten einer rechtlichen Überprüfung in aller Regel stand.

- Auf Antrag der Interpellierenden beschliesst der Rat Diskussion. -

Interpellant *Mario Imhof* (FDP): Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort. Es mag sein, dass die Ausstellung an sich in Ordnung ist. Sie wurde jedoch in einem völlig falschen Moment lanciert. Eine solche Ausstellung sollte eigentlich umfassender sein. Es reicht nicht aus, einfach einige Plakate aufzuhängen und etwas zu suggerieren, das vielleicht sein könnte. Dies insbesondere nicht vor einer Abstimmung, deren Ausgang noch unklar ist. Wir hoffen, dass der Volksvorschlag durchkommen wird. Die Kosten für die Ausstellung hätte man sich

sparen können. Die gesamte Abfallentsorgung läuft in eine völlig falsche Richtung, nämlich in eine von der Stadt Bern organisierte Aktion, mit der private Firmen, welche sich mit der Abfallthematik beschäftigen, konkurriert werden. Dies wird dazu führen, dass in der Privatwirtschaft Arbeitsplätze verloren gehen. Sogar auf Bundesebene hat man mittlerweile festgestellt, dass gewisse Dinge ausgelagert werden können. Wir hoffen, dass der Volksvorschlag in der Abstimmung vom 25. September 2005 Klarheit schaffen wird. Ich bin mit der Antwort des Gemeinderats nicht einverstanden.

Fraktionserklärungen

Andreas Flückiger (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich habe mir heute die diskutierte Ausstellung angeschaut. In dieser Ausstellung wird die generelle Problematik des Abfalls, die spezielle Situation in der Stadt Bern sowie ein modernes Abfallsystem, welches wir zustimmend zur Kenntnis genommen haben, vorgestellt. Die Ausstellung ist eine Plakatausstellung. Es wird jedoch weder zum Abfallreglement noch zu den Punkten, in denen noch keine Einigkeit herrscht, etwas gesagt. Für eine Abstimmungsbeschwerde müsste ein anderes Motiv gesucht werden. Es geht der FDP aber nicht um den Prozess der politischen Willensbildung, sondern darum, sich kurz vor der Abstimmung zum Abfallreglement zu äussern. Im Jahr 2004 wurden in Bern rund 62 500 Tonnen Abfall entsorgt. Vor allem die städtischen Entsorgungshöfe können dieses enorme Wachstum gar nicht mehr bewältigen. An den heutigen Standorten kann keine wirtschaftliche Entsorgung mehr betrieben werden und eine Erweiterung ist nicht möglich. Ausserdem wächst das Defizit. Die Kosten der Abfallentsorgung steigen, während die Erträge aus den Gebühren und aus dem Verkauf der Werkstoffe konstant bleiben. Seit 2001 ist die Abfallentsorgung nicht mehr kostendeckend, obgleich dies gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Defizite in Millionenhöhe wachsen von Jahr zu Jahr und es besteht Handlungsbedarf. An Steuererhöhungen ist hier niemand interessiert. Entsprechend müssen die Gebühren erhöht werden, bis das Abfallwesen kostendeckend ist. Wir haben heute ausgezeichnete Dienstleistungen in der Abfallentsorgung. Dies soll nicht angetastet werden. Auch wir sind gegen einen Abbau des Service public. Dies ist aber auch kein Thema. Genau bei diesem Punkt aber verbreitet das Komitee des Volksvorschlages ganz bewusst Unwahrheiten. Das Bild der Rentnerin, die ihren Abfall in einem zweitätigen Marsch zur Entsorgungsstelle tragen muss, ist bekannt. Das ist polemisch und unwahr. Wir sind zuversichtlich, dass das Abfallreglement, wie es der Stadtrat beschlossen hat, obsiegen wird. Zur Informationspolitik der Abfallwirtschaft möchte ich festhalten, dass im Rat immer wieder festgestellt wurde, dass die Bevölkerung nicht über die Abläufe informiert ist und dass über die Abfallproblematik mehr orientiert werden muss. Der Katalog der Kommunikationsmassnahmen bezüglich Abfallentsorgung ist lang und es wurde sehr viel geleistet. Man konnte bereits eine Verbesserung im öffentlichen Raum feststellen. Auch öffentliche Umfragen sind zu diesem Ergebnis gekommen. Damit zeigt sich, dass Aufklärung etwas nützt und dass solche Ausstellungen eben nicht überflüssig sind, sondern einen konkreten Nutzen haben. Die Volksbefragung lässt einen Silberstreifen am Horizont erkennen. In diesem Sinne soll diese sinnvolle und notwendige Aufklärungsarbeit weitergeführt werden. Die FDP stört sich wahrscheinlich am meisten daran, dass die Stadt die Probleme selber anpackt anstatt die Privatwirtschaft mit Aufträgen zu versorgen. Die städtischen Entsorgungsanlagen werden nach privatwirtschaftlichen Kriterien geführt und sind für die Endverbrauchenden und Steuerzahlenden kostengünstiger als die Privaten. Das Märchen von den günstigen Privaten und den teuren Staatsbetrieben wurde im Abfallwesen bereits mehrfach widerlegt. Es kann nicht Aufgabe des Gemeinwesens sein, privaten Gesellschaften fette Pfründe zu Lasten der Steuerzahlenden zuzusichern.

Natalie Imboden (GB) für die Fraktion GB/JA!: Ich gehe mit Mario Imhof dahingehend einig, dass es keinen Sinn macht, staatliche Abstimmungspropaganda zu betreiben. Die Ausstellung hat damit jedoch nichts zu tun. Was hingegen Mario Imhof fordert, ist staatliche Abstimmungspropaganda, denn er möchte, dass in einer neutralen Abstimmung für den Volksvorschlag Werbung gemacht wird. Die Stadt hat einen Informationsauftrag und die Fraktion GB/JA! unterstützt den Gemeinderat in diesem Anliegen, dass man bezüglich Abfall sensibilisiert und aufzeigt, was die Abfallproblematik für die Stadt Bern bedeutet. Ich möchte die FDP gerne fragen, welchen Zeitpunkt sie für den richtigen erachtet, um eine solche Ausstellung zu lancieren, da anscheinend die nächste Referendumsabstimmung bereits wieder bevorsteht. Die Bürgerlichen scheinen an einer sachlichen Information nicht interessiert zu sein. Daher ist dies genau der richtige Zeitpunkt, denn es geht darum, den Menschen aufzuzeigen, welche Probleme der Abfall bereitet und welche intelligenten Lösungen die Stadt Bern für diese Probleme anbietet. In diesem Sinne ist der vorliegende Vorstoss reine Abstimmungspropaganda, aber ich hoffe, dass die Wählerinnen und Wähler richtig abstimmen werden und nicht einer derartigen Propaganda verfallen.

Erich Ryter (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Die Abfallentsorgung ist nicht kostendeckend. Wir investieren 45 000 Franken in eine Ausstellung, welche kaum sensibilisiert beziehungsweise von einer breiten Masse besucht wird. Eine Lösung des Abfallproblems ist auf diesem Wege nicht zu erreichen. Es wird keine Besserung eintreten. Ein Gang durch die Stadt zeigt dies eindeutig. Wir haben seit 2003 Kenntnis von diesem Abfallkonzept; ob dies nun gut sei oder nicht, sei an dieser Stelle ausser Acht gelassen. Die Stadt Bern hat seit Jahren ein Abfallproblem, welches es weder auf politischer Ebene noch bei der Leitung in den Griff bekommt.

Thomas Balmer für die Fraktion FDP: Ich möchte kurz Stellung zum Votum von Andreas Flückiger beziehen. Wir lehnen seine pauschalisierenden Urteile ab. Er hat reine Behauptungen aufgestellt und wir sind der Meinung, dass auf sachlicher Ebene diskutiert werden sollte. Es ist nicht so, dass wir ständig Abstimmungsbeschwerden einreichen, sondern nur dann, wenn es nötig ist. Dies war schon lange nicht mehr der Fall. Wenn man Demokrat ist, lässt man den anderen auch die demokratischen Mittel. Diese und nur diese nutzen wir und haben auch ein Recht darauf.

Die Interpellantinnen und Interpellanten sind mit der Antwort des Gemeinderats nicht zufrieden.

4 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2006-2009; Kenntnisnahme

Geschäftsnummer 05.000284 / 05/159

Gemeinderatsantrag
Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2006–2009.

Antrag Kommission BAK
Traktandum auf die Sitzung vom 24. November 2005 verschieben.

Beat Zobrist für die Kommission BAK: Die BAK stellt den Antrag, das Traktandum zu **verschieben.** Die Zeit war für ehrenamtlich arbeitende Personen ganz eindeutig zu knapp, um den neuen Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) zu studieren. Da ich festgestellt

habe, dass es bei den Fraktionen, der Verwaltung und den Kommissionen böses Blut gegeben hat und Schuldzuweisungen erfolgt sind, weil der IAFP so spät eingetroffen ist, möchte ich einige Gründe nennen, wie es dazu gekommen ist. Der Gemeinderat hat in seiner Klausur vom 23./24. August 2005 noch am IAFP gearbeitet. Natürlich könnte man jetzt sagen, dass dies, da der Finanzplan für heute traktandiert war, zu spät gewesen ist. Es war aber nun mal so. Der Gemeinderat hat den IAFP am 31. August 2005 genehmigt. Am Donnerstag, 1. September ging er in die Postablage im Erlacherhof. Am darauf folgenden Tag war der Kurier krank und der IAFP ist deshalb erst am Montagnachmittag des 5. Septembers im Ratssekretariat angekommen. Am 6. September erging ein Grosskopierauftrag und am 8. September 2005 haben die Ratsmitglieder den IAFP erhalten. Damit kann niemand für die Verzögerung verantwortlich gemacht werden. Es ist lediglich ein Tag verloren gegangen, aber selbst wenn dies nicht gewesen wäre, hätten wir ihn dennoch erst am Donnerstag erhalten. Weder Stadtkanzlei noch das Ratssekretariat trifft eine Schuld. Die BAK hatte damit nur Freitag, Samstag, Sonntag und den halben Montag Zeit, um den IAFP bis zur Sitzung zu studieren. Da an jenem Wochenende nicht alle ausreichend Zeit hatten, sind wir zum Schluss gekommen, dass es nicht seriös wäre, den IAFP jetzt zu diskutieren. Der IAFP ist ein wichtiges Instrument des Gemeinderats. Auch wenn der Stadtrat nichts zu entscheiden hat, sondern ihn lediglich zur Kenntnis nehmen kann, heisst dies doch, dass wir ihn studieren, in den Fraktionen und Kommissionen diskutieren, ihn würdigen und dazu auch Fragen stellen wollen. In dieser kurzen Zeit war dies uns in der gewünschten Form nicht möglich. Die BAK ist der Meinung, dass der IAFP wirklich ernst genommen werden sollte. Wir haben lediglich die Botschaft besprochen und haben diese zur Empfehlung genehmigt. Die BAK empfiehlt den Teil, welcher in der Botschaft ist, zusammen mit der ganzen Botschaft zu genehmigen, aber die inhaltliche Diskussion zu verschieben. Die BAK wird den IAFP am 7. November 2005 diskutieren und der Stadtrat dann am 24. November 2005. Ich bitte den Rat, diesen Antrag anzunehmen.

Fraktionserklärungen

Franziska Schnyder (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die GB/JA!-Fraktion unterstützt den Antrag der BAK. Wir sind aus folgenden Gründen der Meinung, dass die Debatte über den IAFP verschoben werden sollte. Es wurde viel Arbeit in den IAFP investiert und er liegt dem Stadtrat erstmals in dieser Ausführlichkeit vor. Der Plan ist sehr informativ und transparent. Wir benötigen mehr als eine Woche Zeit, um alle Informationen sichten, erfassen und würdigen zu können. Dies vor allem dann, wenn man noch berufstätig ist und nicht nur als Berufsparlamentarierin oder Berufsparlamentarier figuriert. Gleichzeitig macht unsere Fraktion darauf aufmerksam, dass in den IAFP integriert auch Legislaturrichtlinien beachtet werden müssen. Ich erachte es als äusserst wichtig, dass durch die Verschiebung des vorliegenden Traktandums diese Verbindung zwischen Legislaturrichtlinien und IAFP gemacht werden kann. Aus diesem Grund unterstützen wir den Antrag der BAK.

Stephan Hügli für die Fraktion FDP: Auch die Fraktion FDP unterstützt den Antrag der BAK. Auch ich hatte keine Zeit, den IAFP genau zu studieren, weil er viel zu spät eingetroffen ist. Dies sage ich, ohne Schuldzuweisungen vorzunehmen. Es ist gut, wenn wir uns die Zeit nehmen, die wir brauchen, um uns seriös mit diesem Geschäft auseinander zu setzen. Eigentlich ist der IAFP die Zusammenführung aller Tätigkeiten der Gemeinde Bern, in dem alle Kommissionen, die Verwaltung, der Stadtrat und der Gemeinderat zusammenspielen und die Richtung für die Zukunft festlegen. Der IAFP unterscheidet sich jedoch nicht wesentlich vom alten Finanzplan. Er wurde an das NSB-Budget adaptiert und entsprechend umgestellt. Inhaltlich hat sich jedoch nichts verändert. Wir hatten bis anhin noch nie richtig Zeit, uns vertieft mit dem Finanzplan auseinander zu setzen, was wir jedoch in Zukunft tun sollten, denn der IAFP stellt

das zentrale Steuerungselement dar, um mit NSB zurechtzukommen. Wie gesagt, können wir den Bericht lediglich zur Kenntnis nehmen. In der NSB-Debatte haben wir jedoch gesagt, dass wir in einem ersten Schritt so vorgehen möchten, dass der Gemeinderat den IAFP beschliesst und der Stadtrat ihn zur Kenntnis nimmt und diskutiert. In der nächsten Revision der Gemeindeordnung werden wir aber auch darüber diskutieren, ob der Stadtrat in Zukunft den IAFP beschliessen soll, denn er stellt das zentrale, auf die Zukunft gerichtete Steuerungsinstrument, mit dem auf der richtigen Ebene die entscheidenden Weichenstellungen vorgenommen werden können. Daher sollten wir ihn zukünftig auch beschliessen. Wir begrüssen es, dass man sich Zeit nehmen möchte, um sich an das neue Instrument zu gewöhnen und es zu diskutieren. Aus all den Bestellungen, welche wir während des Jahres vornehmen, sollten wir damit auf die Zukunft gerichtet festlegen, was wann umgesetzt werden soll.

Raymond Anliker (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich teile die Meinung meines Vorredners Stephan Hügli. Auch ich sehe die Perspektiven dahingehend, dass der IAFP im Zusammenhang mit den Instrumenten, über die der Stadtrat verfügt, auch sein Instrument sein sollte. Der Gemeinderat hat uns im Verlaufe des Sommers vorgewarnt, dass es knapp werden könnte. Es ist nun allerdings so knapp geworden, dass sich auch das Parlament mehr Zeit einräumen muss. In dem Teil mit den angehängten Produktegruppenblättern, aus denen die Perspektiven der Steuerung für die nächsten vier Jahre ersichtlich werden, unterscheidet sich der neue vom alten Finanzplan und da wird es spannend. Dies ist alles klein gedruckt, aber sehr wichtig, so dass wir wirklich die Zeit der Herbstferien benötigen, um alles zu studieren. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Antrag der BAK.

Peter Bernasconi (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Der IAFP wurde als neues Instrument zu NSB beschlossen. Es war vorgesehen, den IAFP erst dann vorzubereiten, wenn die neue Verwaltungsführung einführt worden ist. Die Verwaltung hat den IAFP jedoch bereits dieses Jahr vorbereitet. In Wirklichkeit wäre sie jedoch erst nächstes Jahr dazu verpflichtet gewesen, den IAFP erstmals zu unterbreiten. Die Verwaltung hat sich sehr bemüht, den Finanzplan dennoch in möglichst kurzer Zeit zu realisieren. Es wäre nun total falsch, wenn der Eindruck entstehen würde, die Verwaltung habe zu spät reagiert.

Direktor FPI *Kurt Wasserfallen* für den Gemeinderat: Der Gemeinderat ist offen für den Antrag der BAK. Wir waren uns der Tatsache bewusst, dass es dieses Jahr etwas spät werden würde. Der IAFP ist auch für den Gemeinderat ein neues Instrument, von welchem wir jedoch in der Finanzklausur bereits ausgiebig Gebrauch gemacht haben. Entsprechend befinden sich nun Dinge im IAFP, die vorher nicht im Finanzplan enthalten waren. Zur rechtlichen Situation: Die Gemeindeverordnung, eine kantonale, auf dem Gemeindegesetz basierenden Verordnung, schreibt vor, dass die Gemeinden einen Finanzplan erstellen müssen, welcher durch das zuständige Organ behandelt wird. In unserem Falle ist das zuständige Organ der Gemeinderat. Der IAFP ist ein Führungsinstrument des Gemeinderats. Der Stadtrat kann dann in der Diskussion beziehungsweise in der Budgetberatung auf Finanzen und Steuerungsvorgaben Einfluss nehmen. Wir sind auch gehalten, den Finanzplan dem Amt für Gemeinden- und Raumordnung vor Ende Dezember zuzustellen. Weiter steht in Artikel 64 der Gemeindeverordnung, dass der Finanzplan mindestens jährlich der Entwicklung angepasst werden muss. Diese Vorgabe hat der Gemeinderat eingehalten und wird den Finanzplan dem Amt für Gemeinden- und Raumordnung vor Ende Dezember zustellen. Der Finanzplan ist in dem Sinne öffentlich, als er dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht wird. Der Stadtrat wird sich in der Botschaft auf zwei Seiten in direkter Weise mit dem Finanzplan befassen, nämlich dort, wo Finanzplan drauf steht. Andererseits erfolgt eine indirekte Auseinandersetzung, wie aus der Seite „Haushaltgleichgewicht“ ersichtlich wird. Ich habe Verständnis für das Anliegen der

BAK, den IAFP später zu behandeln. Es ist einfach so, dass wir den Finanzplan dem Amt für Gemeinden- und Raumordnung vor Ende Dezember zustellen müssen und es wäre gut, wenn der Stadtrat ihn vorher zur Kenntnis nehmen würde. Auch wenn der Stadtrat ihn nicht bis dahin zur Kenntnis genommen hat, werden wir den Finanzplan gemäss den kantonalen Vorschriften zustellen. Es ist rechtlich nicht zwingend, im Rahmen der Budget-Beratung beziehungsweise vor der Abstimmung über das Budget den Finanzplan zu diskutieren und zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Der Antrag der BAK ist unbestritten und wird vom Rat stillschweigend genehmigt.

5 Produktegruppen-Budget 2006 (einschliesslich Steueranlage, Liegenschaftssteuer und Hundetaxe) (Abstimmungsbotschaft)

Geschäftsnummer 04.000523 / 05/161

Gemeinderatsantrag

1. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung mit den Produktegruppen-Budgets für das Jahr 2006, der bei Aufwendungen und Erträgen von je Fr. 938 428 810.41 ausgeglichen ist, wird den Stimmberechtigten zur Annahme empfohlen mit folgenden Festlegungen:
   - die Steueranlage beläuft sich auf das 1,54-fache (unverändert) der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze,
   - die Liegenschaftssteuer beträgt weiterhin 1,5 Promille des amtlichen Wertes,
   - die Hundetaxe je Hund und Jahr beträgt wie bisher Fr. 100.00.
2. Der Stadtrat genehmigt das Produktegruppen-Budget 2006 mit den Globalkrediten pro Dienststelle, den übergeordneten Zielen und den Steuerungsvorgaben.
3. Die Botschaft an die Stimmberechtigten wird genehmigt.

Grundsatzdebatte

Beat Zobrist (SP) für die Budget- und Aufsichtskommission (BAK): Die BAK hat das Produktegruppen-Budget dieses Jahr nicht im Detail beraten, denn dies wäre einer Doppelspurigkeit zu den Sachkommissionen gleichgekommen. Die BAK hat sich auf die Behandlung von Anträgen der Sachkommissionen, welche direkte finanzielle Auswirkungen haben, beschränkt. Einzig die Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) hat zwei solche Anträge gestellt, zu denen die BAK in der Detailberatung Stellung beziehen wird. Das Verfahren wurde im Gegensatz zu den Vorjahren wesentlich gestrafft, aber es ist nach wie vor verbesserungsfähig. Die BAK hat für die nächste Sitzung die Auswertung des Verfahrens traktandiert, um für nächstes Jahr weitere Verbesserungen vornehmen zu können. Die BAK empfiehlt dem Stadtrat ohne Gegenstimmen und bei vereinzelten Enthaltungen, alle Anträge des Gemeinderats anzunehmen. Die berühmte Null ist noch einmal gelungen, auch wenn sie diesmal in ziemlich rötlichem Licht erscheint. Die BAK war sich mehr oder weniger einig, dass die Null des Budgets 2006 eine eher schwierige Null ist. Positiv ist folgendes zu erwähnen: Die Rechnung ist einmal mehr ausgeglichen, die Stadt kann wieder Schulden von 19 Mio. Franken abschreiben und hat damit immer noch einen Vorsprung von 16 Mio. Franken auf die Vorgaben des Kantons. Bis Ende 2006 beträgt die Schuldlast noch 168 Mio. Franken, während sie 1999 bei 235 Mio. Franken lag. Dies ist eine gute Leistung und es kann von einem glänzenden Halbzeitresultat gesprochen werden, zu dem man dem Gemeinderat und der Verwaltung gratulieren

kann. Der Gemeinderat konnte trotz engem Korsett Schwerpunkte setzen. So beispielsweise beim Projekt PINTO, bei der familienergänzenden Kinderbetreuung, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, bei der Förderung der Integration sowie bei den absolut notwendigen WC-Anlagen in der Innenstadt. Zudem ist positiv zu erwähnen, dass die Steueranlage trotz Mehraufwendungen von 34 Mio. Franken unverändert bleibt. Der BAK ist jedoch nicht entgangen, dass das vorliegende Budget auch Schwachstellen aufweist und von Einmaligkeiten sowie Optimismus geprägt ist. Das Budget profitiert von einem einmaligen Buchungsgewinn in der Höhe von 9 Mio. Franken aus dem Verkauf städtischer Beteiligungen an die Wohnbaugesellschaften und die Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Von den Stadtbauten Bern (StaBe) wird ein Gewinn von 5,5 Mio. Franken erwartet. Dies ist an sich richtig, denn die StaBe soll nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen funktionieren und auch entsprechende Gewinne abwerfen. Wir wissen aber, dass bezüglich Werterhaltung ein grosser Nachholbedarf besteht, denn es wurde über lange Zeit zuwenig für den Unterhalt der Gebäude unternommen. Wenn wir 5,5 Mio. Franken von der StaBe verlangen, ist das zwar gut, es gilt jedoch zu bedenken, dass dies der Werterhaltung der Gebäude abgeht. Von der ewb erwarten wir den hohen Betrag von 34 Mio. Franken, obgleich dort riesige Investitionen anstehen. Allerdings sind noch Gewinnausgleichsreserven vorhanden. Zudem gilt es in Erinnerung zu rufen, dass ewb der Stadt Bern gehört. Ungelöst ist die Frage nach den 3 Mio. Franken Beleuchtungsgebühren, welche wir nicht erhalten werden. Der Betrag befindet sich im Budget und der Gemeinderat möchte noch mit ewb darüber verhandeln. Der Spareffekt des Projektes 5 statt 7 Gemeinderäte liegt nach wie vor deutlich unter 2 Mio. Franken. Wir möchten an dieser Stelle an das Minimalziel von 5 Mio. Franken erinnern, welches sich der Gemeinderat selbst gesetzt hat. Auf den ersten Blick scheinen auch die um 8,6 Mio. Franken höheren Steuererträge unangemessen. Auf den zweiten Blick wird klar, dass es nur 2,2 Prozent des Steuerertrags sind, welche diese Erhöhung ausmachen. Ein Seitenblick auf Kanton und Agglomerationsgemeinden zeigt übrigens, dass Bern mit diesen 2,2 Prozent eine durchaus vorsichtige Einschätzung vornimmt. Zudem hängt der Steuerertrag auch von der Wirtschaftslage ab. Die Entwicklung der Wirtschaftslage kann bekanntlich auch von Fachleuten kaum vorhergesagt werden. Die Personalkosten sind um 3,6 Prozent höher veranschlagt, was 10,4 Mio. Franken entspricht. Diese Erhöhung setzt sich zu je einem Drittel Teuerung, Abzahlung der Schuld an die Personalvorsorgekasse und neuen Aufgaben zusammen. 3,4 Mio. Franken für neue Aufgaben entsprechen, alleine auf Personalkosten bezogen, 25 bis 35 neuen Vollzeitstellen. Der Finanzdirektor hat in der Medienorientierung vom 23. Juli 2005 anlässlich der Präsentation des Produktegruppen-Budgets 2006 gesagt, dass die Stadtverwaltung seit 2003 um 255 Stellen gewachsen sei. Diese Aussage entbehrt jeglicher seriöser Grundlage und ist schlichtweg falsch sowie irreführend und deshalb unhaltbar. Es ist durchaus möglich, dass im Jahre 2003 255 Mitarbeitende weniger in der Stadtverwaltung gearbeitet haben, als für 2006 vorgesehen sind. Aber diese Zahlen sind in erster Linie auf Fluktuationsvakanzen und personelle Unterbestände zurückzuführen, wie beispielsweise bei der Polizei, welche seither ihre Bestände auffüllen konnte. Im vorliegenden Budget sind die Personalkosten allerdings so berechnet, dass alle Stellen besetzt sind. Dies führt dazu, dass die Personalrechnung immer etwas besser abschliesst, als das Budget. Die BAK hat sich der Frage nach dem Stellenplan angenommen und erfahren, dass aufgrund des Globalkreditsystems kaum mehr festgestellt werden kann, wo der Personalbestand zu- beziehungsweise abnimmt. Das ist ein Problem. Eine Definition „neue Stellen“ gibt es aus personal- und finanzrechtlicher Sicht nicht mehr. Mit NSB werden nur noch Globalkredite gesprochen und Produkte geliefert. Die Steuerung erfolgt somit nicht mehr über den Stellenpool. Dies hat zur Folge, dass es schwierig wird, eine Übersicht über den Stellenbestand zu gewinnen und entsprechende aktuelle Entwicklungen zu verfolgen. Die BAK wird sich dieser Problematik annehmen. Ich fasse zusammen: Die BAK freut sich über das ausgeglichene Budget, sieht aber für die weitere Zukunft

keinen Grund zu Optimismus. Die BAK empfiehlt dem Stadtrat, allen drei Anträgen des Gemeinderats zuzustimmen.

Fraktionserklärungen

Natalie Imboden (GB) für die Fraktion GB/JA!: Das Produktegruppen-Budget 2006 ist ausgeglichen und damit hat die städtische Haushaltskasse eine schwarze Null. Die Steueranlage ist unverändert und die Stadt hat es geschafft, bei den Abschreibungen knapp 19 Mio. Franken bei den altrechtlichen Finanzfehlbeträgen zu leisten und damit den Altlastenbetrag abzubauen. Das städtische Finanzschiff ist damit auf Kurs. Darüber ist die Fraktion GB/JA! erfreut. Das wirschafts- und finanzpolitische Klima ist jedoch rau. Aufgrund der schlechten Konjunktur finden sich die budgetierten Steuermehrerträge beinahe nur bei den juristischen, jedoch kaum bei den natürlichen Personen. Neben konjunkturbedingten Wellen sorgen weiterhin Bund und Kanton für finanzpolitische Unruhen. Einerseits leiden wir an Altlasten. So beispielsweise, dass im Arbeitslosenversicherungsbereich mehr Lasten aus den Sozialversicherungen auf die Gemeinden übertragen werden. Dies schlägt in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit sehr zu Buche. Andererseits zieht der Kanton in wichtigen Bereichen wie der familienergänzenden Kinderbetreuung die Bremse an. Wir erachten den vorgenommenen Buchgewinn von 9 Mio. Franken aus dem Verkauf von Beteiligungen an städtische Wohnbaugenossenschaften als positiv. Dies ist auch inhaltlich positiv zu werten, denn wir erachten es als sinnvoll, dass neu der Boden- und Wohnbaufonds dafür zuständig ist, in der Stadt Bern den genossenschaftlichen Wohnbau zu fördern und zu unterstützen. Dies ist ein wichtiges Anliegen, welches hier wohnbaupolitische Signale sendet. Dass diese Übertragung einen, wenn auch nur einmaligen, Buchgewinn abwirft, ist sehr positiv und entspricht zudem einem interfraktionellen Postulat, welches genau dies gefordert hat. Trotz der finanzpolitisch rauen Zeiten halten wir es dem Gemeinderat zugute, dass er ganz gezielte Neuausgaben vorsieht. Es handelt sich hierbei um sozialpolitische Brennpunkte, welche uns viel teurer zu stehen kämen als die zusätzlich budgetierten 8,6 Mio. Franken, wenn wir nicht jetzt handeln. Im Zentrum stehen für uns die Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und dabei insbesondere die Massnahmen für junge Menschen auf Stellensuche. Wir unterstützen diese Massnahmen, weil sie den richtigen Weg darstellen. Zum Glück zeigt der politische Druck, welchen die rot-grünen Parteien in den letzten Wochen und Monaten ausgeübt haben, Wirkung. Dazu gehört auch das Signal, dass der Gemeinderat dazu bereit ist, in der Stadtverwaltung neue Lehrstellen zu schaffen. Einmal mehr muss die Stadt einspringen, wenn die Betriebe in und um die Stadt immer weniger Lehrstellen anbieten und sich ihrer Verantwortung entziehen. Irgendeinmal wird die Grenze erreicht sein und die Stadt Bern wird im Bereich Lehrstellen nicht mehr aufstocken können. Aber im vorgesehenen Rahmen erachten wir dies als sinnvoll. Der Ausbau im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung macht ebenfalls Sinn. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Ausbau, welchen wir seit Jahren fordern und bei dem es nun nicht plötzlich Rückschritte geben darf. Es gibt aber auch ganz kleine Beträge, die ausgebaut werden. So kann es für einzelne Menschen sehr wichtig sein, dass im Bereich Notwohnungsmanagement ein Beitrag geleistet wird. Auch die Aufwendungen im Bereich Agglomerationspolitik sind Investitionen für die Zukunft. Wir begrüssen den Kulturfonds, welcher neu geschaffen und je zur Hälfte aus privatem und öffentlichem Geld gespiesen werden soll, um auch Projekte ermöglichen zu können, welche nicht spartenbezogen sind und nicht einzelne Künstlerinnen und Künstler betreffen, sondern über die Stadt Bern hinaus wirksam sein sollen. Wir sind auf diese Projekte gespannt. Sie sollen ihre Wirkung entfalten können. Angesichts der schwierigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen gibt es dennoch Punkte, bei denen wir dem Gemeinderat empfehlen möchten, mehr in die Zukunft zu schauen. Was Nachhaltigkeit und Ökologie anbelangt, ist das vorliegende Budget kaum grünlich gefärbt. Zwar wird das Job-Libero-Abonnement ver-

ankert, aber abgesehen davon, wird keine der momentan sehr brisanten Fragen behandelt. Aus diesem Grund hat die Fraktion GB/JA! gezielt zwei grüne Anträge gestellt, welche darauf abzielen, die Energiefachstelle und die Lokale Agenda 21 zu stärken. Dies sind nachhaltige Anliegen, die auch zukünftigen Generationen zugute kommen sollen. Zu den vorliegenden Anträgen: Ich habe 48 Anträge gesehen. Es ist in Anbetracht der Tatsache, dass die Kommissionen seit Wochen, wenn nicht Monaten das vorliegende Produktegruppen-Budget eingehend diskutiert haben, erstaunlich, dass ein Grossteil der Anträge erst heute vorliegt. Bei genauer Betrachtung der Anträge zeigt sich, dass viele von ihnen redaktioneller Natur sind und eigentlich nicht im Parlament besprochen werden müssen. Über all die Anträge, welche Steuerungsvorgaben und Kennzahlen betreffen, kann rasch hinweggesehen werden. Zentral hingegen sind die finanzrelevanten Anträge. In diesem Sinne wird die Fraktion GB/JA! den redaktionellen Anträgen zumeist zustimmen. Bezüglich der finanzrelevanten Anträge möchten wir bereits ankündigen, dass der Antrag bezüglich Effingertheater bei uns keine Unterstützung finden wird. Wir werden dies später begründen. Wir sind in Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt Bern nicht bereit, den Finanzierungskompromiss, welchen wir mit den Regionsgemeinden haben, bei den Kulturinvestitionen plötzlich aufs Spiel zu setzen. Die Streichungsanträge der SVP, welche zeigen, dass die SVP nicht zukunftsorientiert denkt, werden wir klar ablehnen. Fazit: Das städtische Budget ist den Stimmbürgerinnen und -bürgern zu empfehlen. Es ist das einzig mögliche in dem Sinne, als einerseits die Rahmenbedingungen berücksichtigt und andererseits sozialpolitisch wichtige Akzente gesetzt werden. Wir hoffen, dass mit unseren zwei Anträgen, welche Umweltanliegen aufnehmen möchten, auch die grünen Akzente verstärkt werden und das Budget damit nachhaltiger und zukunftsträchtiger wird. Wir hoffen, dass das vorliegende Budget in der Abstimmung von den Stimmbürgerinnen und -bürgern angenommen wird.

Conradin Conzetti (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Stadt sieht vor, im nächsten Jahr mit den Sonderrechnungen und Anstalten 1,6 Mrd. Franken umzusetzen. Dies beträgt durchschnittlich 12 700 Franken pro Einwohnerin beziehungsweise Einwohner der Stadt Bern. Damit ist die Gemeinde selber ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Grobe Schätzungen vermuten, dass die Gemeinde damit ungefähr 10 Prozent des gesamten Bruttosozialproduktes der Stadt umsetzt. Damit beteiligt sich die Stadt mit Aufträgen und Löhnen am Wirtschaftskreislauf. Dies erachten wir auch im Hinblick auf die Lebendigkeit und die nachhaltige Entwicklung in der Stadt Bern als wichtig. Die Gemeinde trägt mit diesem Budget auch zum allgemeinen Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Im vorliegenden Budget kommen nicht nur Einzelinteressen zum Ausdruck, sondern auch Gemeininteressen wie Denkmalschutz, Stadtpolizei, Schulbildung, Sozialamt, Strassenbau, Grüngestaltung, Liegenschaften und Abfallentsorgung werden in diesem Budget zusammengeführt. Zugleich sucht die Stadt den sozialen Ausgleich sowie eine nachhaltige Entwicklung. Dies alles entsprechend den politischen Voraussetzungen und Möglichkeiten. Das vorliegende Budget stellt dar, wie die Stadt diese Aufgaben im nächsten Jahr lösen möchte. Das vorliegende ist das dritte Budget in der neuen Form des Produktegruppen-Budgets. Es ist offensichtlich, dass wir uns allmählich an diese Form zu gewöhnen beginnen und mit Produktegruppen, Steuerungsvorgaben und Kennzahlen vertrauter werden und arbeiten können. Dies zeigt sich in den Anträgen der Kommissionen sowie im Budgetprozess zwischen den Sachkommissionen und der BAK, der verbessert und gestrafft wurde, aber noch weiterhin verbessert werden kann. Zu den Voraussetzungen: Es ist klar, dass ein solches Budget das Ergebnis eines vielfältigen und lange dauernden Budgetprozess darstellt. Es scheint uns wichtig, dabei immer wieder klar zu machen, dass in einem solchen Prozess sehr unterschiedliche und vielfältige Voraussetzungen wirksam werden. So beispielsweise alle eidgenössischen und kantonalen Gesetze, die Gemeindegesetze und Finanzausgleichsgesetze oder die höheren Abgeltungen von Zentrumslasten, wo noch Entscheide ausstehend sind.

Ein weiteres Element ist die Vorgabe des Kantons, dass die altrechtlichen Fehlbeträge stufenweise abgeschrieben werden müssen. Das Budget setzt die städtischen Gesetze voraus; zum Beispiel die Finanzplanung der Stadt sowie die gleich bleibende Steueranlage von 1,54. Auf ganz anderer Ebene setzt das Budget voraus, dass die Wirtschaftsentwicklung weitergeht. Das Budget 2006 rechnet für das nächste Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent, mit einem Zinsaufwand von 2,5 Prozent, Zinserträgen von 1 Prozent, einer Teuerung von 1 Prozent und mit einem Teuerungsausgleich für das Personal von 1 Prozent. Nebenbei möchte ich anmerken, dass ich die genannten Voraussetzungen teilweise nur im Finanzplan nachlesen konnte. Ich bin der Meinung, dass diese Angaben auch in den Vorbericht des Budgets gehören. Die wirtschaftlichen Prognosen sind natürlich immer nur Schätzungen, die zwar oft gut sind, aber dennoch nur Schätzungen bleiben. So ist beispielsweise 2004 das Bruttoinlandprodukt um 2,1 Prozent gewachsen, die Teuerung hingegen nur um 0,5 Prozent. Diese Zahlen sind also um einiges anders als die erwähnten Voraussetzungen für das Budget 2006. Wir wissen, dass Abweichungen dieser Schätzungen hinter dem Komma Differenzen in Millionenhöhe bedeuten können. Es ist uns bewusst, dass auch dieses Budget geschätzte Einnahmen in Millionen, die unsicher sind, mit präzisen Ausgaben in Franken und Rappen mischt. Das ist eine allgemeine Unsicherheit beim Budget, die nicht weiter schlimm ist, derer man sich aber bewusst sein sollte. Das Budget rechnet bei den Einnahmen mit 397 Mio. Franken brutto Steuereinnahmen. Viele der Steuerschätzungen bewegen sich im Rahmen der Zahlen der Rechnung 2004 und dem Budget 2005 und sind somit in erwartbarer Höhe. Erstaunlich ist allerdings der Gewinnsprung der Gewinnsteuer bei den juristischen Personen. Die Stadt erwartet 32 Prozent mehr als im Voranschlag 2005, allerdings ungefähr in der Höhe der Rechnung 2004. Offenbar zeigt sich, dass die juristischen Personen stärker geworden sind als früher angenommen wurde. Wir nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis dass es genügend Gründe für diese positive Annahme zu geben scheint. Die Gewinnabgaben von StaBe und ewb erachten wir so als gut, wenn sie, wiederum je nach wirtschaftlicher Entwicklung, auch so eintreffen. Auf der Leistungsseite fallen uns einige Dinge auf. Beispielsweise steigen die Mietverrechnungen der Stadtverwaltung an die StaBe jetzt wie erwartet an und belasten damit die Zahlen des Budgets. Die Fraktion GFL/EVP war gegen die Einrichtung der StaBe. Wir hegten die Befürchtung, dass damit zunehmend komplexe Verwaltungsaufwendungen verbunden wären. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Stadt auch jetzt noch mit niedrigen Abschreibungen sparen kann. Nächstes Jahr werden es 18 Mio. Franken sein. Diese Anteile werden jedoch Jahr für Jahr sinken. Wir begrüssen es, dass die Stadt in der gegenwärtigen Lage neue Leistungen einführen beziehungsweise ausbauen kann. Dies vor allem im sozialen Bereich mit dem Kompetenzzentrum Arbeit, vermehrten Lehrstellen, Sozialarbeit PINTO, Hausbesuchen bei älteren Menschen, mit Tagessschulen und weiteren familienunterstützenden Angeboten. Wir erachten dies alles als sinnvoll und gut. Es gibt jedoch ein Problem. Da die vom Stadtrat bewilligten Kindertagesstättenplätze vom Kanton nicht übernommen werden, liegen diese Kosten nun in unserem Budget und werden die kommenden Jahre noch ansteigen. Betreffend der Entwicklung der familienexternen Betreuung ergeben sich einige Probleme. In der Kulturförderung nehmen wir die Einrichtung eines neuen Fonds für Stadtentwicklung durch Kultur wahr. Zudem liegt ein Antrag zur Beitragserhöhung für das Theater an der Effingerstrasse vor. Zu diesem und weiteren Anträgen werden wir in der Detailberatung Stellung beziehen. Im Hinblick auf die Lebensqualität in der Stadt sind uns die ökologischen Themen besonders wichtig. Es ist nicht so, dass wir in der Stadt Bern besonders übel dran wären. In einer Rangliste der Lebensqualität in den Schweizer Städten liegt die Stadt Bern bei den fünf grossen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern an erste Stelle vor Zürich und Genf. Das freut uns natürlich besonders. Der städtische Lebensqualitätsbericht 2003 hat gezeigt, dass Wohnumfeld und Umwelt nach der Gesundheit die Lebensqualität besonders stark bestimmen. 90 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bern haben angegeben,

dass sie gern in Bern wohnen. Ein Viertel von ihnen ist jedoch mit der Umweltlage, der Luftqualität, dem Lärm und der Verkehrssituation nicht zufrieden. Gerade hier gibt es Bereiche, in denen Verbesserungen vorgenommen werden müssen. Die Ökologie ist einerseits eine Aufgabe, welche quer durch alle Produkte läuft und deshalb ist sie im Produktegruppen-Budget nicht direkt ablesbar. Direktionen wie PVS oder FPI haben immerhin ihr Umweltmanagementsystem erwähnt. In der Direktion SUE gibt es die Produktegruppe Umweltschutz mit 4,7 Mio. Franken, die Luft und Lärm kontrolliert. Mit dabei ist der autofreie Septembertag, die Lokale Agenda, welche neu acht Projekte verwirklichen soll sowie das neue Projekt Energiestadt Bern. Die ganz wichtigen ökologischen Dinge laufen aber nicht mehr über unser Produktegruppen-Budget, sondern befinden sich in den ausgelagerten Betrieben; der Verkehr bei Bernmobil, die Energie bei ewb und die Bauten bei StaBe. Die Fraktion GFL/EVP ist der Ansicht, dass das vorliegende Budget 2006 die gesetzlichen und speziellen Vorgaben einhält und mit plausiblen Schätzungen arbeitet. Es erbringt einige fortschrittliche Leistungen und schliesst mit einem angemessenen Fliessgleichgewicht. Zudem finden sich weder grosser Überraschungen noch spektakuläre Neuerungen im Budget. Es lassen sich ein paar Risiken, aber auch einige Verbesserungsmöglichkeiten finden. So ist es nicht verwunderlich, dass wir aus diesen vernünftigen Gründen für Eintreten und für dieses Budget stimmen werden.

Raymond Anliker (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Ausgangslage des vorliegenden Budgets ist auf den ersten Blick eine zwiespältige. Das Budget ist ausgeglichen. Wir haben auf der anderen Seite einen ausserordentlichen Buchgewinn. Die StaBe führt einerseits zu einer Anpassung der Mietkosten gegen oben, andererseits aber auch zur erhofften Nettoentlastung der Stadtkasse und nota bene auch zu einem höheren Investitionsbudget für den Unterhalt. Während die Steuereinnahmen nur langsam steigen, bauen wir Leistungen aus. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass das Budget 2006 die Situation der Stadt Bern relativ realistisch widerspiegelt. Diese Situation kann folgendermassen umrissen werden: Wir stellen fest, dass es der Stadt nun seit ein paar Jahren gelingt, den Balanceakt zwischen Sparpolitik und massvollem Ausbau der Leistungen durchzuführen. Der Leistungsausbau ist ja nicht einfach banal auf die parlamentarischen Bestellungen zurückzuführen. Es ist eine Tatsache, dass sich Bund und Kanton zunehmend aus der Finanzierung eines Grundangebotes zurückziehen und sich die Stadt damit immer wieder vor die unangenehme Situation gestellt sieht, die Finanzierung zu übernehmen oder aber einem Angebot den Todesstoss zu versetzen. Wer in dieser Situation aber Verantwortung für die hier lebenden Menschen übernehmen möchte, wer nicht gleichgültig ist gegenüber der Tatsache, dass Jugendliche mit Arbeitslosigkeit konfrontiert sind, dass Kinder vermehrt Unterstützung in der Schule brauchen, dass der Ausbau von Kindertagesstätten und weiteren Betreuungsangeboten eben nicht stagnieren soll, wird diese Angebote auch weiterhin finanzieren, aber trotzdem darauf achten, dass die städtischen Finanzen nicht aus dem Lot geraten. Wir stellen fest, dass die Finanzen in den letzten Jahren stabil geblieben sind. Dazu kommt die Tatsache, dass jährlich die Altschulden mit einem namhaften Betrag mit Vorsprung auf die kantonalen Vorgaben reduziert werden. Einen Fixpunkt bildet in der städtischen Finanzpolitik in diesem Zusammenhang die Feststellung, dass Zentrumslasten nach wie vor nicht realistisch abgegolten werden. Die Abgeltung bleibt unverändert bei 32,1 Mio. und damit 6,7 Mio. Franken unter der Summe, die gemäss den kantonalen Grundlagen berechnet werden kann. Der Finanz- und Lastenausgleich erweist sich als schwerfälliges Instrument oder es wird vielleicht auch bewusst mit Schwerfälligkeit angewandt. Die Neuberechnung der Zentrumslasten hält nicht mit den tatsächlichen Bedürfnissen der Zentren in diesem Kanton mit. Die Verzögerungen haben zur Folge, dass diesen Zentren teilweise wieder eine Verschuldung droht. Die Stadt Bern betrifft es dieses Jahr nicht. Ein weiterer Eckpfeiler der Stadtfinanzen und damit auch der jährlichen Budgetdiskussion ist sicher die Berechnung der Steuereinnahmen. Soll nun aufgrund eines prognostizierten Wachs-

tums oder eher konservativ zurückhalten budgetiert werden? Für uns ist es ein Faktum, dass in den vergangenen Jahren im Grundsatz immer sehr zurückhaltend, also so genannt konservativ budgetiert wurde – letztlich also nicht ganz der Realität entsprechend. Man wurde den Eindruck nicht los, dass damit die Erzeugung eines Spardruckes beabsichtigt wurde, um neue Ausgaben abweisen zu können. Das Personal hat in den letzten Jahren einen gewichtigen Beitrag von mehreren Millionen Franken zur Gesundung der Stadtfinanzen beigetragen. Jetzt ist die Stadt erneut in der Lage einen einigermassen angepassten Teuerungsausgleich zu bezahlen. Ausserdem werden sogar einige neue Stellen geschaffen. Die Stadt Bern ist im Unterschied zu Bund und Kanton eine faire, berechenbare und zunehmend attraktive Arbeitgeberin. Dies ist eine Qualität, die nicht einfach aufs Spiel gesetzt werden sollte. Aus der Finanzpolitik der letzten Jahre könnte ich ein Fazit ziehen, was ich aber lieber Unverdächtigeren überlasse wie beispielsweise der Wirtschaftszeitung Cash, welche im letzten Jahr geschrieben hat, dass „die Linken die besseren Stadtmanager sind", „Rot-Grün hat die Finanzen besser im Griff als die Bürgerlichen", „wer leben will wie ein Freisinniger, muss sozialdemokratisch wählen" oder „auch in Bern beweist die rot-grüne Regierung Sparwillen und reduziert die Schulden der bürgerlichen Vorgänger". Dies sind natürlich mediale Verkürzungen, aber im Kern enthalten sie doch ein paar bedenkenswerte Grundsätze. Wenn jetzt im weiteren Verlauf der Debatte diesem Budget nun möglicherweise erneut mangelnder Sparwille oder ein unverantwortlicher Leistungsausbau vorgeworfen werden sollte, ist dies im Rahmen der veralteten Rhetorik zu verstehen, welche wir jedes Jahr zu hören bekommen. Diese Rhetorik wird nicht glaubwürdiger, wenn man zwar zusätzliche begründbare Ausgaben im Kulturbereich radikal ablehnt, gleichzeitig aber völlig konzeptionslos einen einzelnen Theaterbetrieb mit zusätzlichen 160 000 Franken subventioniert. Es erstaunt uns, dass mit der GFL auch eine Partei dieses Ansinnen unterstützt, welche sich sonst zu Recht mit Vehemenz für ein kohärentes Kulturkonzept stark macht. Zu diesem Konzept gehört für uns aber auch, dass man in einem umfassenden Prozess politisch aushandelt, wie der Kulturkuchen in Zukunft aufgeteilt werden soll. Es sollen nicht dem, der öffentlich am lautesten leidet und geschickt Lobby betreibt, finanzielle Zusagen gemacht werden. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt diesen Antrag aus grundsätzlichen finanzpolitischen sowie kulturkonzeptionellen Überlegungen ab. Die Fraktion SP/JSUO hat sich angesichts der zunehmenden Problematik im Umweltbereich dazu entschlossen, in erster Linie in diesem Bereich die Steuerungsmöglichkeiten durch NSB auszuloten. Deshalb liegen von uns einige Anträge vor, in denen wir übergeordnete Ziele, Steuerungsvorgaben sowie Kennzahlen ergänzen, verändern oder neu einführen möchten. Dies mit dem Ziel, umwelt- und energiebewusstes Verhalten zu fördern, Energie einzusparen sowie Umweltbelastungen nachweisen zu können. Einen zweiten Schwerpunkt setzen wir bei der ganz gezielten Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, indem wir mit einem einmaligen Kreditantrag die Schaffung von zehn zusätzlichen Lehrstellen in der Stadtverwaltung initiieren. Wir haben hier ganz bewusst den Weg über das Budget und NSB gewählt und darauf verzichtet, mit sehr vielen Vorstössen im Umweltbereicht in erster Linie gegen aussen wirken zu wollen, dabei im konkreten Wirken der Verwaltung jedoch letztlich wenig zu bewegen. Wir werden in der Detailberatung die Anträge im Einzelnen begründen. Die SP/JUSO-Fraktion betrachtet das vorliegende Budget als Ausdruck des finanziell Machbaren und Verantwortbaren. Wir unterstützen den Gemeinderat darin, dass er im Bereich Arbeit, Bildung, Kinder, Sicherheit und Kultur schwerpunktmässig neue Ausgaben budgetiert. Wir fördern dadurch Standortfaktoren, wir verhindern sozialpolitische Härtefälle und investieren in die Zukunft. Aus diesen Gründen unterstützt die SP/JUSO-Fraktion einstimmig das vorliegende Budget.

Peter Bernasconi (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Die Fraktion SVP/JSVP lehnt das Produktegruppen-Budget 2006 in der vorliegenden Verfassung einstimmig ab. Wir sind mit sehr vielen Dingen einverstanden. Wenn wir uns an den Grundsatz einer vorsichtigen Budgetierung

halten, können wir uns jedoch den Kernaussagen nicht anschliessen. Dies vor allem nicht, wenn es um die längerfristigen Betrachtungen geht. Wir möchten die Arbeit zur neuen Verwaltungsordnung verdanken. Dies hat insbesondere bei der Verwaltung zu grossen Doppelspurigkeiten geführt. Ich möchte hier erwähnen, dass gleichzeitig die Umsetzung der Regierungsführung und die Zentralisierung der Informatik laufen, es wurden bei der Verwaltung weitere Anpassungen an das Modell der neuen Haushaltführung vorgenommen, die neue Produktegruppen-Rechnung musste zudem angepasst werden, durch die Reduktion der Direktionen von sieben auf fünf mussten auch diese Zahlen neu geordnet werden, damit sie vergleichbar werden, auch im Zusammenhang mit der Aufgaben- und Finanzplanung mussten neue Instrumente bereit gestellt werden und schlussendlich musste die Verwaltung Bonus-Malus-Berechnungen vornehmen. Die Verwaltung hat eine immense Arbeit geleistet und die Fraktion SVP/JSVP möchte allen, die daran beteiligt waren, vor allem aber auch den Stabstellen, ganz herzlich für diese Arbeit danken. Unser Dank geht auch an die Sachkommissionen, welche sich sehr intensiv mit dem Produktegruppen-Budget auseinandergesetzt und ihre Anträge formuliert haben. Aus folgenden fünf wichtigen Gründen lehnen wir das Budget ab: Erstens enthält es ein Ausgabenwachstum. Zweitens fehlen beim Aufwand Aufwandpositionen. Drittens enthält das Budget nicht finanzierbare Investitionen. Viertens gibt es Vorbehalte bei der Einnahmeseite. Fünftens sollte man sich in guten Zeiten Polster für schlechtere Zeiten anlegen. Zum Ausgabenwachstum: Es sind 34 Mio. Franken beziehungsweise 4 Prozent mehr gegenüber dem Produktegruppen-Budget 2005. Wenn man dieses Wachstum nicht mit dem Produktegruppen-Budget, sondern mit der vorliegenden Rechnung 2004 vergleicht, haben wir ein Ausgabenwachstum von 7,18 Prozent beziehungsweise 59 Mio. Franken. Die Einwohnerzahl stagniert, wir haben Mühe, in der Stadt Bern die entsprechenden neuen Arbeitsplätze zu schaffen und zudem erfolgt eine Steuerabwanderung aus der Stadt. Aus diesen Gründen erachten wir eine erhöhte Budgetierung des Ausgabenwachstums für problematisch. Die Löhne steigen um 9,384 Mio. Franken. Ein Teil des Anstiegs erfolgt aus Gründen der Teuerung, wogegen wir nichts einzuwenden haben. Man war in den vergangenen Jahren sehr zurückhaltend und wir gönnen den Verwaltungsmitarbeitenden diesen Teuerungsausgleich. Das Geld soll jedoch nicht nur für den Teuerungsausgleich, sondern auch für mehr Leute, die beschäftigt werden sollen, ausgegeben werden. In der Presse war die Rede von 255 neuen Stellen. Dies stimmt nicht. Die Umrechnungen wurden folgendermassen vorgenommen: Man hat die Differenz zwischen den gesamten Personalaufwendungen aus dem Jahre 2004 und den budgetierten Personalaufwendungen aus dem Budget 2006 berechnet. Von dieser Differenz wurden die Teuerung und sämtliche Nachholkosten abgezogen. Den übrig gebliebenen Saldo hat man durch den Durchschnittslohn der Angestellten der Stadt Bern dividiert, welcher zum jetzigen Zeitpunkt bei 86 000 Franken liegt. Damit ist man auf diese 255 Stellen gekommen. Nun handelt es sich jedoch um die Jahre 2004 bis und mit Budget 2006. Damit müssen die 255 auf die Jahre aufgeteilt werden, je nach dem wie viel Personen es mehr waren für das Jahr 2004 beziehungsweise 2005 und wie viele es jetzt im Budget 2006 mehr sind. Im Budget sind es effektiv 50 Personen mehr. Daran stören wir uns, denn wir haben Altlasten abzubauen und sollten vorsichtig haushalten. Die höheren Steuereinnahmen würden es uns jetzt erlauben, zu sparen. Wenn die Steuern aber zurückgehen, können wir diese Löhne nicht abbauen. Man kann einen Besitzstand nicht reduzieren. Darin bestehen unsere Sorgen bezüglich des Ausgabenwachstums. Zu den fehlenden Aufwandpositionen: Die Überstunden sind nicht abgegrenzt. Gemäss Finanzinspektorat sind es 7,4 Mio. Franken. Es ist nicht zulässig, eine Rückstellung mit dem Argument abzulehnen, diese Überstunden könnten im nächsten Jahr durch Urlaub und Freizeiten reduziert werden. Die Buchungspraxis gemäss Artikel 23 der Kantonalen Verordnung über die Steuerung der Finanzen und Leistungen sieht unter der Nummer 413 nicht nur die Abgrenzungen für Ferien und Überzeit, sondern auch diejenigen für Gleitzeitguthaben vor. Im Budget sind jedoch keine solchen Beträge, welche eigentlich einer Rechnung

belastet oder umgekehrt im Voraus budgetiert werden sollten, enthalten. Dies würde eigentlich bedeuten, dass man nicht beabsichtigt, diese Überstunden abzubauen. Wir wissen aber, dass dies vorgesehen war. Nun wird man im Jahre 2006 die leitenden Personen in der Verwaltung dazu anhalten, dafür zu sorgen, dass die Mitarbeitenden ihre Überstunden kompensieren. Meiner Ansicht nach gehört ein solcher Betrag ins Budget. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass die vorliegende Budgetierung dem Grundsatz der Vollständigkeit widerspricht. Die diskontierte Rentenschuld aus den Ruhegeldern der Alt-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte sind im Budget nicht diskontiert enthalten. Diese Beträge gehören aber ganz klar ins Budget. Das historische Tiefzinsniveau wirkt sich im Aufwand mindernd aus. Da die Zinsen im Moment sehr tief sind, haben wir auch wesentlich niedrigere Fremdkapitallasten. Es gilt jedoch zu bedenken, dass sich dies in Kürze ändern kann und dann sieht die Rechnung wieder ganz anders aus. Zudem bedrücken uns die 20,7 Mio. plus 17,9 Prozent mehr Sachaufwand, welche in diesem Budget enthalten sind. Zu den nichtfinanzierbaren Investitionen: Der Selbstfinanzierungsgrad gibt Antwort auf die Frage, ob die Investitionen aus eigener Kraft beziehungsweise mit eignen Mitteln gedeckt werden könnten. Ein Vergleich über mehrere Jahre zeigt ganz genau, wohin die Reise eigentlich geht. Ein Selbstfinanzierungsgrad unter 100 Prozent führt zu einer Neuverschuldung. Die Zahlen der Stadt zeigen, dass es im Jahr 2003 74,5 Prozent waren, 2004 100 Prozent, 2005 nur 37,9 Prozent und 2006 sind es 35,2 Prozent. Wie gesagt, sollte man in guten Zeiten vorsorgen. Die Zahlen der Stadt Bern für den Steuerhaushalt sind 4,9; 5,9; 6,6 und 5,2 Prozent. Der Durchschnitt sollte aber zwischen 9,5 und 10 Prozent liegen. Aus diesem Grund lehnt die Fraktion SVP/JSVP die drei Anträge des Gemeinderats ab.

Die Sitzung wird um 19.05 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Philippe Müller*

Die Protokollführerin: *Adrienne Hochuli*

Präsenzliste der Sitzung 20.35 bis 22.30 Uhr

Vorsitzender
Präsident Philippe Müller

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Michael Aebersold
Raymond Anliker
Carolina Aragón
Gabriela Bader Rohner
Rania Bahnan Büechi
Thomas Balmer
Giovanna Battagliero
Christof Berger
Peter Bernasconi
Dieter Beyeler
Margrith Beyeler-Graf
Markus Blatter
Peter Bühler
Sibylle Burger-Bono
Anna Coninx
Conradin Conzetti
Dolores Dana
Myriam Duc
Martina Dvoracek
Karin Feuz-Ramseyer
Andreas Flückiger
Urs Frieden
Rudolf Friedli
Karin Gasser
Thomas Göttin
Beat Gubser
Ueli Haudenschild
Erich J. Hess
Beni Hirt
Stephan Hügli-Schaad
Natalie Imboden
Mario Imhof
Ueli Jaisli
Daniele Jenni
Stefan Jordi
Sarah Kämpf
Daniel Kast
Rudolf Keller
Peter Künzler
Claudia Kuster
Annette Lehmann
Anna Magdalena Linder
Liselotte Lüscher
Corinne Mathieu
Patrizia Mordini
Erik Mozsa
Reto Nause
Nadia Omar
Simon Röthlisberger
Heinz Rub
Erich Ryter
Hasim Sancar
Franziska Schnyder
Beat Schori
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Ernst Stauffer
Barbara Streit-Stettler
Béatrice Stucki
Margrit Thomet
Martin Trachsel
Gisela Vollmer
Christian Wasserfallen
Catherine Weber
Anne Wegmüller
Thomas Weil
Sandra Wyss
Maya Widmer
Beat Zobrist
Andreas Zysset

Entschuldigt

Verena Furrer-Lehmann
Jacqueline Gafner Wasem
Simon Glauser
Andreas Krummen
Daniel Lerch
Christoph Müller
Lydia Riesen-Welz
Ueli Stückelberger

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
Barbara Hayoz SUE
Edith Olibet BSS
Regula Rytz TVS
Kurt Wasserfallen FPI

Entschuldigt
-

Ratssekretariat
Annina Jegher

Stadtkanzlei
Jürg Wichtermann

5 Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2006

Fortsetzung: Grundsatzdebatte, Fraktionserklärungen

Stephan Hügli-Schaad für die Fraktion FDP: Ich möchte zuerst allen an diesem Budget Beteiligten herzlich für ihre geleistete Arbeit danken. Die Mehrheit der FDP-Fraktion wird dieses Budget ablehnen. Prognosen sind generell schwierig und wenn wir uns hier mit diesen Kommastellen herumschlagen, kann das Millionen ausmachen. In den letzten Jahren hoben sich die falschen Prognosen mehrheitlich gegenseitig auf. Das ist nicht auf gute Arbeit zurückzuführen, sondern auf das Glück, dass das Ausgabenwachstum nicht mehr ganz so hoch war und wir die Mittelschulen etc. verkaufen konnten. Wir haben mit der Konstruktion der StaBe Finanzakrobatik betrieben und auf diese Weise Geld gespart, nicht aufgrund unserer Spardisziplin. Das ist auch das Problem beim Budget 2006. Es ist kein seriöses Budget. Peter Bernasconi hat vorhin begonnen aufzuzählen, wo es überall nicht stimmt. Ich fahre dort weiter. Das Budget ist zu optimistisch. Beispielsweise gibt es eine Zentrumslastabgeltung, ohne eine Absicherung, dass wir im Jahr 2007 10 Mio. Franken Zentrumslastabgeltung bekommen. Dieser Punkt ist nur dazu da, dass der Finanzplan aufgeht. Die Gewinnablieferungen unserer Werke, wie z.B. diejenigen des ewb, korrigieren wir ständig nach oben. Die Beleuchtungsgebühr, die früher zur Hälfte von den Hauseigentümern bezahlt wurde, übernimmt nun die Stadt. Die Stadt wird dem ewb den Strom dafür abkaufen müssen. Mit dieser Abschöpfung von Gewinn höhlen wir das ewb aus. Das ewb sollte in seinen Unterhalt investieren und wir nehmen ihm das Geld dazu. Ob die StaBe Gewinne abliefern kann, ist höchst unsicher. Die Überstunden und diverse andere Dinge aus dem Kontrollbericht sind wieder nicht budgetiert. Skeptisch betrachte ich die Prognosen für die Entwicklung der Produktegruppen-Budgets ab Seite 21, die alle optimistisch sind. Das schöne am NSB-Budget ist, dass wir hier entscheiden, wo wir unsere knappen Mittel einsetzen wollen und so die Verantwortung für unsere Ausgaben tragen. Die FDP hat darauf verzichtet Anträge zu stellen. Es ist schade, dass so viele Fraktionsanträge gestellt worden sind, die meist, wie aus den Protokollen ersichtlich, nicht aus den Sachkommissionen kommen. Man hätte diese Anträge besser früher eingebracht und besprochen. Diesen Vorwurf, den man uns beim Abfallreglement gemacht hat, gebe ich hier zurück. Was Beat Zobrist zu den Personalkosten gesagt hat, war weitgehend richtig. Wir dürfen hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Das eine sind die effektiv entstehenden Personalkosten, das andere sind die budgetierten Personalkosten, welche immer höher sind, da man eine Vollstellenrechnung machen muss. NSB geht uns noch viel zu schnell, wir sind noch nicht richtig vorbereitet und können noch nicht damit umgehen. Deshalb ein Aufruf an alle, sich während des Jahres zu überlegen, wo und wie Einsparungen gemacht werden könnten, damit wir auch neue Anliegen berücksichtigen können. Ich möchte daran erinnern, dass, wenn wir ein einziges Mal ein neurechtliches Defizit schreiben, es mit unserer Finanzhoheit vorbei ist. Dies, weil unser Finanzplan zeigt, dass wir ein neurechtliches Defizit über sieben Jahre hinweg nicht wegbringen können. Dies muss uns klar sein. Der Spardruck des Budgets, um Raymond Anliker zu antworten, kommt durchaus nicht von den Linken, sondern von uns. Das Personal hat nicht gelitten und wir danken dem Personal für seine Mitarbeit. Die Gemeinden, welche tiefe Steuersätze haben, zahlen ihrem Personal gute Löhne. Die Sparmassnahmen wurden sehr anständig ausgestaltet. Die FDP unterstützt den Antrag zum Theater an der Effingerstrasse, weil es hier darum geht, dieses Theater vor dem Ertrinken zu retten und eine Überbrückung zu schaffen. Dieses Theater hat in den letzten zehn Jahren kaum Subventionen erhalten und ist das pro Sitzplatz billigste Theater in der Stadt. Wir müssen hier vorübergehend helfen.

Für den Gemeinderat, Direktor FPI, *Kurt Wasserfallen*: Ich möchte dem Sprecher der BAK für das Vorstellen des Budgets und auch den anderen Sprecherinnen und Sprechern, die sich bei der Verwaltung bedankt oder sonst mitgearbeitet haben, danken. Das Budget 2006 ist ausgeglichen, zur Euphorie besteht aber kein Anlass. Die Aussage des BAK-Präsidenten über die rosarote Null war sehr treffend. Es ist weiterhin äusserste Ausgabendisziplin angesagt. Ein Ausbau der Aufgaben ohne Kompensationen liegt nicht drin. Der Gemeinderat hat schon zwei Finanzklausuren abgehalten und wird mit Hilfe des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans weitere Beschlüsse fassen. Die Zukunft der Wirtschaft, Steuern, Zinsen und der Kantons- oder Bundesentscheide ist unsicher. Ich bin froh, dass auch die BAK keine euphorischen, sondern mahnende Töne angeschlagen hat. Es gilt dafür zu sorgen, dass unser Finanzhaushalt im Gleichgewicht bleibt. Mehraufwendungen von ca. 34 Mio. Franken konnten aufgefangen werden. Diese Mehrausgaben sind vor allem auf die erstmalige Verrechnung der StaBe-Mieten zurückzuführen. Wer daraus schliesst, die Gründung der StaBe sei ein Finanzflop, liegt aber falsch. Die BAK wurde eingehend darüber informiert, dass 2006 das neue Mietmodell erstmals greift. Bisher konnte die Stadt von der Übergangslösung profitieren. Die tieferen Abschreibungssätze der StaBe erlauben, dass wir auch 2006 um 18 Mio. Franken besser fahren, als mit dem Hochbauamt. Zudem kann die StaBe mehr investieren, was dem Werteerhalt der Liegenschaften zu Gute kommt. Der Werteerhalt muss auch in der anderen Infrastruktur gemacht werden. Dafür verdoppelt der Gemeinderat die Investitionen in den Werteerhalt von Maschinen, Fahrzeugen und Tiefbaustruktur sukzessive. Die Stadt wendet mit 15,3 Mio. Franken in den letzten drei Jahren immer mehr für neue Aufgaben auf. Das darf nicht so weitergehen. Bevor wir etwas bestellen, müssen wir zuerst die Finanzierung sichern. Der Budgetausgleich ist trotzdem gelungen. Der Gemeinderat hat die Situation beurteilt und war der Ansicht, dass man mit ca. 5,2 Mio. Franken mehr Steuereinnahmen rechnen kann. Budgetiert sind auch höhere Gewinnabgaben bei ewb. Schliesslich befinden sich der Gemeinderat und der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik kurz vor einem Beschluss, dass sich der Fonds direkt an den Wohnbaugenossenschaften beteiligen soll und diese Beteiligungen für ca. 9 Mio. Franken von der Stadt übernehmen wird. Es wurden auch diverse Haushaltsverbesserungsmassnahmen getroffen, die zu diesem ausgeglichenen Budget beigetragen haben. Der Budgetausgleich ist vorwiegend mit einmaligen und aussergewöhnlichen Massnahmen erreicht worden. Vom Ziel des gesicherten, ausgeglichenen Haushalts und der Rückgewinnung einer grösseren finanziellen Handlungsfreiheit sind wir noch weit entfernt. Es gibt immer noch einen altrechtlichen Finanzfehlbetrag von ca. 170 Mio. Franken, den wir bis zum Jahre 2014 abschreiben müssen. Wir müssen zu unseren Finanzen Sorge tragen, für Ausschweifungen bleibt kein Geld. Ausschweifungen gefährden unsere Werte. Einer dieser Werte ist unser Personal. Es ist wichtig, dass wir unser Personal anständig bezahlen, dafür stehe ich ein. Wir stehen in einem scharfen Konkurrenzkampf mit der Privatwirtschaft, dem Kanton und dem Bund. Gutes Personal zu rekrutieren und zu halten gelingt nur mit dem notwendigen Geld. Ich erachte es als vernünftiger, anständige Löhne zu bezahlen, als durch dauernde Sparrunden Frust zu erzeugen. Ich bin erstaunt, dass meine Aussagen an der Medienkonferenz von Beat Zobrist im Namen der BAK als falsch, irreführend und unhaltbar bezeichnet wurden. In der BAK wurde darüber nicht diskutiert, so nehme ich an, dass es sich um eine persönliche Meinung handelt. In unserem SAP-System sind die Löhne und das Personal enthalten. Das Personal kann man in 100%-Beschäftigungen umrechnen, aus der Lohnsumme und der Anzahl Personen kann man einen durchschnittlichen Lohn errechnen und indem man diesen Durchschnittslohn mit den geplanten Beförderungsgelder und der Teuerung weiterzieht, kann man eine Prognose stellen. Die Direktionen geben ihre geplanten Lohnauszahlungen bekannt und mit Hilfe eines Dreisatzes errechnen wir die Personen. Es handelt sich um eine einfache Rechnung. Über zwei Jahre in die Zukunft ist dies legitim. Peter Bernasconi hat im Budget

2006 die fehlenden Überstunden kritisiert. Der Gemeinderat ist vom Finanzinspektorat angehalten, dass diese erstmals in der Rechnung 2007 ausgewiesen werden. Der Gemeinderat soll natürlich die Überstunden so weit wie möglich abbauen. Die Löhne der Alt-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte werden als Löhne fortgeschrieben und müssen nicht aktiviert werden. Zentrumslasten betreffen nicht das Rechnungsbudget 2006, wie von Stephan Hügli angenommen, sondern erst die Jahre 2007, 2008 und 2009. Wir sind auf den jetzigen Rechnungen noch 1,5 Mio., nicht 6,8, Mio. Franken unterbezahlt bezüglich der Zentrumslasten. Der Gemeinderat hält an seinem Antrag fest. Jegliche Anträge, die ausgabenrelevant sind, lehnt er ab. Er lehnt auch alle Einzelanträge und Fraktionsanträge, bis auf den Antrag der Fraktion GFL/EVP für das Produkt 210100 auf Seite 166, ab. Andererseits stimmt der Gemeinderat allen Anträgen der Kommissionen, bis auf den Antrag der FSU für das Produkt 210100 auf Seite 165, zu. Der Gemeinderat übernimmt ebenfalls sämtliche Kommissionsanträge betreffend der Botschaft.

Beat Zobrist (SP), BAK-Präsident: Es ist nicht so, dass ich bezüglich der Aussagen an der Medienkonferenz meine eigene Meinung vertreten habe. Die BAK hat das besprochen, dem Gemeinderat geschrieben, diese Zahl angezweifelt und viele Fragen gestellt. Der Gemeinderat hat kürzlich auf unser Schreiben geantwortet, was Kurt Wasserfallen eigentlich wissen müsste. In meinen Notizen der Medienkonferenz steht: Das bedeutet „255 geschaffene Stellen“. Dies hat auch die anwesende Journalistin so gehört. Die Zahl 255 ist grundlegend falsch. Der Gemeinderat rechnet hier anders als wir und als die Referenten der SVP und FDP.

Peter Bernasconi (SVP): Ich möchte anhand der Position 030 Gemeinderat auf Seite 9 zeigen, was passiert, wenn die zukünftigen Verpflichtungen nicht im Budget enthalten sind. Im Jahre 2004 waren hier sieben Gemeinderäte anwesend und das Gehalt war nicht auf 200 000 Franken limitiert. Im Jahr 2004 hatten wir 3,397 Mio. Franken Kosten für den Gemeinderat und im Jahr und Budget 2006 sind 3,524 Mio. Franken budgetiert. Eigentlich hätte man erwartet, dass, wenn der Gemeinderat verkleinert und die Löhne limitiert werden, die Kosten sinken. Das ist aber nicht so und zwar, weil man Verpflichtungen bei ehemaligen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten auszahlen muss, was heute 1,3 Mio. Franken ausmacht. So kommen Kosten hinzu, welche man am Anfang anders einschätzt oder übersehen hat. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass solche Dinge wie alte Verpflichtungen budgetiert werden müssen. Wenn wir uns auf die wirklich dringendsten Ausgaben konzentrieren wollen, warum stehen z.B. bei der Abfallentsorgung umstrittene Investitionen, wie die Entsorgungshöfe Nord und West, in der Aufwandposition. Diese Investitionen sind angenommen, aber nicht im Budget. Im Budget ist allerdings der Zinsaufwand dieser Investitionen. Wir sind nicht der Meinung, dass dies zu den unaufschiebbaren Aufgaben gehört.

Detailberatung

Gemeinde und Behörden (GuB)

Karin Feuz-Ramseyer (FDP) für die Kommission SBK: Die Kommission hat das Produktegruppen-Budget der GuB und der Dienststellen der PRD, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, am 19. August diskutiert, nachdem eine Delegation die Direktion besucht und Fragen gestellt hat. Die Delegation wurde sehr kompetent informiert und ich möchte der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit danken. Es wurde festgestellt, dass aufgrund der Auslagerung von Liegenschaften an die Stadtbauten Bern die Mietkosten merklich gestiegen sind. In der Kommission kamen wir zum Schluss, dass oftmals unklar ist, was die StaBe genau macht und was sie bewirkt. Dies beruht auf fehlender Kenntnis des Systems und der Grundlagen der Mietzinsbe-

rechnung. Wir begrüssen die von der BAK organisierte Informationsveranstaltung für die vorberatenden Kommissionen. Festgestellt wurde auch, dass die durch die Regierungsreform entstandenen Veränderungen einen Vergleich mit dem Vorjahr erschweren. Vor allem bei den Informatikdienstleistungen hat man enorme Verschiebungen festgestellt. Grundsätzlich wurde das Budget 2006 als verständlich und lesbar empfunden. Im Produktegruppen-Budget 2006 sind Produkte mit Ziel- und Steuerungsvorgaben verknüpft worden. Dies entspricht den Anliegen der UK NSB und der SAKOs. Die NSB-Budgetierung wird von der SBK als Gewinn angeschaut. Zu unserem Antrag: Beantragt wird der Globalkredit der Abteilung Kulturelles für das Theater an der Effingerstrasse für ein Jahr um einen Betrag von 160 000 Franken zu erhöhen. Das Theater an der Effingerstrasse wird zurzeit jährlich mit 40 000 Franken unterstützt. Es hat bei den letzten Vertragsverhandlungen keinen Leistungsvertrag bekommen. Mit dem aktuellen finanziellen Rahmen kann es nicht mehr weiterarbeiten. Das Problem ist, dass das Theater aufgrund der geringen finanziellen Mittel Stücke mit wenigen Schauspielern auswählen muss. Dieses Repertoire ist heute nahezu ausgereizt. Nur ein- bis zweimal pro Jahr leistet sich das Theater an der Effingerstrasse ein Stück mit mehreren Schauspielern. Die Auslage stimmt und die Nachfrage ist vorhanden. Mit diesem einmaligen Beitrag von 160 000 Franken würde eine Überbrückung bis zu den Aushandlungen der neuen Leistungsverträge gewonnen. Die Idee dahinter ist auch die seriöse Prüfung des eigentlichen Subventionsbedarfs, um dann die Situation neu beurteilen zu können. Die Gegner des Antrags befürchten, dass eine Annahme zur Streichung der Beiträge für andere Institutionen führt und zudem sei dieser Beitrag zu hoch. Die Kommission hat diesem Antrag mit 6 : 5 Stimmen zugestimmt. Die BAK hat ihn abgelehnt. Die SBK beantragt den Stadtrat mit 6 : 5 Stimmen das Produktegruppen-Budget GuB 2006 mit der Erhöhung des Globalbudgets um 160 000 Franken zu genehmigen.

Beschluss

Das Produktegruppen-Budget Gemeinde und Behörden wird stillschweigend genehmigt.

Präsidialdirektion (PRD)

Peter Bernasconi (SVP) für die Kommission PVS: Die Kommission PVS hat das Produktegruppen-Budget diskutiert und mit vier Delegationen gearbeitet. Die erste Delegation zur PRD wurde von Christoph Müller präsidiert, die zweite zur TVS von Ueli Stückelberger, die dritte auch zur TVS von Martina Dvoracek und die vierte zur FPI von Mario Imhof. Es wurde sehr gute Arbeit geleistet und es wurden etliche Anträge ausgearbeitet. Fragen aufgeworfen hat die Berechnung der Mietzinse, die die StaBe den Direktionen weiterverrechnet. In diesem Zusammenhang hat die Finanzdirektion ein Modell ausgearbeitet und die PVS wird darüber informiert werden. Wenn in anderen Kommissionen entsprechende Fragen offen sind, sollten sie diese melden. Der Bundesgerichtsentscheid betreffend Beleuchtungsgebühren hat bei uns weitere Diskussionen ausgelöst. Finanzverwalter Charles Pfister hat uns in der Kommission folgende Auskunft erteilt: „Ab sofort werden wir keine Beleuchtungsgebühren mehr verlangen können. Dadurch haben wir in der diesjährigen Rechnung eine Lücke von einer halben Million. Wir haben noch Rückstellungen von 2,5 Mio. Franken, weil wir nur die Hälfte der Beleuchtungskosten aus der Gebühr bezahlen durften. Es gab deshalb eine Spezialfinanzierung, die noch etwa 2,4 Mio. Franken enthält. Im Budget für nächstes Jahr fehlen die 3 Millionen. Die Direktion TVS muss nun mit dem ewb nach einer Lösung suchen, damit der Stadt keine Mehrkosten erwachsen. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, das Budget für das nächste Jahr nicht zu ändern.“ Hier sieht man wie wichtig es ist, dass man vorsichtig budgetiert.

S. 101; Antrag (1) SVP; **Kürzung Nettokredit** Abt. Kulturelles (110) um **Fr.**

Abt. Kulturelles (110)	Nettokredit	**300'000.-** Neue Aufgabe „Äufnung eines Fonds für Stadtentwicklung durch Kultur“ ist zu streichen (vgl. S. 83).

Peter Bernasconi (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Der Antrag auf Seite 83 und dieser Antrag auf Seite 101 fallen grundsätzlich in dieselbe Produktegruppe und man müsste sie miteinander saldieren.

Christoph Berger (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion lehnt die Kürzung des Kulturkredits ab. Es erstaunt uns, dass dieser Antrag von der SVP kommt, die doch der Meinung ist, Bern Tourismus habe zu wenig Geld. Der hier geplante Fonds hat nämlich das Ziel unsere kulturellen Highlights besser zu vermarkten. Es ist also Geld, das die Wirtschaftsförderung und Bern Tourismus unterstützt, eine Möglichkeit diese Gelder mit privaten Sponsoren aufzustocken. Es handelt sich hier um einen Versuch Kulturförderung, besseres Marketing und zusätzliche Einnahmen unter einen Hut zu bringen. Verhandlungen mit Sponsoren sind schon im Gang und es gibt positive Zusagen. Mit einer Beendigung dieses Versuchs schneiden wir uns ins eigene Fleisch. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Erich Ryter (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Wir stellen diesen Antrag, weil der geschilderte Versuch eine neue Aufgabe darstellt und wir keine neuen Aufgaben übernehmen sollten.

Sybille Burger-Bono für die Fraktion FDP: Die FDP steht dem Antrag der SVP positiv gegenüber. Wir hätten aber gewünscht, dass die Anträge 1 und 2 miteinander besprochen werden. Wir sind mit der grundsätzlichen Stossrichtung einverstanden, aber nicht mit diesem Vorgehen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Der Gemeinderat hat gegenüber allen Anträgen, die finanzielle Auswirkungen haben, eine klar ablehnende Position. Dieser Antrag hat touristisch und kulturpolitisch seine Logik. Kulturpolitik ist eines der wichtigsten touristischen Standbeine in dieser Stadt. Dieser Fonds ist aber sinnvoll und eine Ablehnung des Fonds ist eine fast schon wirtschaftsfeindliche Haltung, weil man weiss, dass sich Investitionen in Kulturprojekte auszahlen. Ich bitte also diesen Antrag abzulehnen.

Peter Bernasconi (SVP): Es steht nirgends, für was dieser neue Fonds zuständig ist. Wüsste man mehr über diesen Fonds, so könnte man diskutieren. Leider gibt es in unseren Unterlagen keinen einzigen Hinweis für was dieses Geld verwendet wird, ausser für Stadtentwicklung.

Christof Berger (SP): Der Vertreter der SVP in der Kommission hätte diese Fragen stellen können, so wäre das Problem geklärt.

Beschluss

Der Antrag (1) SVP zu Seite 101 wird mit 16 : 45 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt.

S. 101; Abt. Kulturelles (110)	Antrag (2) SBK und SVP/JSVP; Nettokredit	**Erhöhung** Nettokredit Abt. Kulturelles (110) um **Fr. 160'000.00** auf Fr. 29'330’688.64 zugunsten des ‚Theaters an der Effingerstrasse’

Beat Zobrist (SP), BAK-Präsident: Die BAK empfiehlt dem Rat mit 4 : 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen diesen Antrag abzulehnen. Die Ablehnenden sind der Meinung, das Theater an der Effingerstrasse solle den offiziellen Weg gehen. Die Aussengemeinden müssten auch mittragen. Andere nahmen Stellung für das Theater an der Effingerstrasse. Es sei ein sehr gutes Theater, das bisher zu kurz kam, und es sei jetzt auf jeden Fall zu retten.

Sybille Burger-Bono für die Fraktion FDP: Das Theater an der Effingerstrasse hat ein sehr breites Repertoire und es hat sich redlich bemüht über die Runden zu kommen. Dieses Theater bietet unabdingbare Angebote in der Stadt Bern. Die Zahlen sprechen für sich. Das Theater an der Effingerstrasse hatte im letzten Jahr total 25 390 Eintritte, das sind – ohne die Märchenvorstellungen – 1980 Zuschauer mehr als im Stadttheater. Die Unterstützung geht aufgrund der schlechten Wirtschaftslage zurück. Die Swisscom wendet sich anderen Kulturinstitutionen zu und die Gemeinde Belp sagt, sie zahle viel in die regionalen Kulturangebote, die Stadt Bern solle mit dem Theater an der Effingerstrasse einen Leistungsvertrag abschliessen. Dies ist im Moment nicht möglich, also muss ein Übergang gefunden werden. Das Theater an der Effingerstrasse erfüllt aber auch noch andere Aufgaben. Das Stadttheater hat seine Volksvorstellungen gestrichen. Der Verein Arbeit und Bildung führt nun mit dem Theater an der Effingerstrasse eben solche Volksvorstellungen zu günstigen Preisen durch. Es braucht für dieses Theater eine Überbrückung, bis die Möglichkeit besteht überhaupt einen Leistungsvertrag zu bekommen. In der Kulturpolitik ist es wichtig ein möglichst breites Spektrum zu haben und das zu fördern. Wir haben in der Pro Helvetia-Diskussion gesehen, wohin es führt, wenn man versucht einen engen Kulturbegriff zu haben. Die FDP unterstützt diesen Antrag und empfiehlt innerhalb dieses Produktegruppen-Budgets eine Verrechnung mit dem Fonds für die Stadtentwicklung im Kulturbereich. Aus diesem Fonds sollen Projekte unterstützt werden, die die Stadt PR-mässig im Kulturbereich weiterbringen. Dieses Theater ist sicher eines, das dies kann.

Anna Magdalena Linder (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die GFL/EVP-Fraktion ist sich einig, dass die Erhöhung des Nettokredits für das Theater an der Effingerstrasse für ein Jahr zu sprechen ist. Es ist wichtig, diese Summe unkompliziert zur Verfügung zu stellen. Ohne diesen Betrag ist es den Betreibern nicht möglich, weiterhin ein qualitativ gutes Programm zu gewährleisten. Es handelt sich hier um einen einmaligen Betrag im Sinne eines Überbrückungskredits. Die Umstände, dass kein Leistungsvertrag vorhanden ist, dass die Vermögensbilanz fehlt und dass nur die Stadt um Hilfe angefragt wurde, stimmen uns kritisch und es ist klar, dass im Jahr 2007 im Hinblick auf die erwähnten Punkte eine neue Lösung gefunden werden muss. Es ist nicht die Schuld meiner Fraktion, dass kein aktuelles Kulturkonzept vorliegt. Doch es ist falsch, aus einem fehlenden Kulturkonzept den Schluss zu ziehen, dass einzelne gute Projekte nicht unterstützt werden sollen. Beim Theater an der Effingerstrasse handelt es sich um eine bewährte Kulturinstitution. Die GFL/EVP-Fraktion bittet dem Antrag zuzustimmen.

Simon Röthlisberger (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Mitte der 90er Jahre hat die Stadt Bern entschieden das Theater an der Effingerstrasse nicht mehr zu unterstützen. Anstatt Theater zu schaffen, die eher richtig Boulevard gehen, hat man sich entschieden z.B. das Schlachthaus zu unterstützen. Grundsätzlich könnte das Theater auch einen Antrag auf Einzelförderung stellen. Offensichtlich ist das Angebot des Theaters es nicht wert unterstützt zu werden. Dies nach Auskunft von Christoph Reichenau, dem Kultursekretär der Stadt Bern. Daher sind wir der Meinung, dass eine massgebliche finanzielle Beteiligung der Stadt Bern konzeptionell verankert werden müsste. Ein jetzt erhöhter Beitrag bedeutet das Abweichen von der bisherigen Praxis. Diese neue Praxis müsste in einem neuen Kulturkonzept geregelt werden. Wenn

der Kredit für das Jahr 2006 gesprochen wird, so liess Stephan Hügli durchschimmern, wäre das Jahr 2007 auch schon fast mitgesprochen. Es wäre unfair gegenüber den Betroffenen, ihnen heute schon Hoffnungen für das Jahr 2007 zu machen, indem wir diesen Kredit sprechen. Im Jahr 2007 werden die neuen Leistungsverträge ausgehandelt und es besteht dann die Möglichkeit, das Theater an der Effingerstrasse zu unterstützen. Bei einer solchen Unterstützung wären auch die angrenzenden Gemeinden mit einbezogen. Der Kultursekretär hat ebenfalls erklärt, dass 160 000 Franken sowieso nicht ausreichen um das Theater zu sanieren. Dieses Geld ist also ein Tropfen auf den heissen Stein und nichts Langfristiges. Eine seriöse Abklärung ist nicht vorhanden und es gibt keine offizielle Darstellung der Zahlen. Wir sprechen diesen Kredit also à fonds perdu. Wenn der Betrag kompensiert werden muss, so bedeutet das, dass Kleinprojekte und einzelne Kulturschaffende darunter leiden würden und das ist sicher eine Stossrichtung, die wir ablehnen. Die GB/JA! bemängelt hauptsächlich das Vorgehen und die Art und Weise, wie dieser Antrag hier hineingepackt wurde. Die heutige Budgetdebatte ist schon fast zu einer Kulturdebatte verkommen. Obwohl das Theater an der Effingerstrasse gut besucht und somit ein Bedürfnis ist, sprechen wir uns gegen diesen Antrag aus. Wir wollen keine Sonderrechte für das Theater an der Effingerstrasse.

Christof Berger (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Stadt Bern übernimmt im Bereich Kultur wichtige und vielfältige Aufgaben. Bern ist besonders belastet, da ihr als Bundeshauptstadt eine Repräsentationsfunktion zukommt. Des Weiteren trägt die Stadt Kosten, die sich unter dem Begriff Zentrumslasten subsumieren lassen. Es ist umso wichtiger, dass die Stadt dieses Geld umsichtig einsetzt. Ein grosser Teil des städtischen Kulturbudgets fliesst ins Theater. Fast ein Drittel der Kulturgelder frisst alleine das Stadttheater. Aus diesem Grund hat die Stadt Bern vor rund zehn Jahren beschlossen aus dem Theater an der Effingerstrasse auszusteigen und hat die Theater, welche von der Stadt unterstützt werden, definiert. Würde dieser Kredit nun gesprochen, führt die Stadt einen Zick-Zackkurs. Es ist zu begrüssen, dass es das Theater an der Effingerstrasse noch gibt. Dieses Theater ist aber bei weitem nicht die einzige kulturelle Institution in Bern, die nicht von der Stadt gefördert wird. Das Kulturleben in Bern wäre wesentlich ärmer, ohne solche privaten Initiativen. Die Stadt kann nicht alles unterstützen. Wenn wir diesen Antrag nicht unterstützen, so heisst das nicht, dass wir gegen das Theater an der Effingerstrasse sind. Wir müssen uns fragen, wie wir die städtischen Mittel so einsetzten, dass alle Bereiche der Kultur sinnvoll abgedeckt werden. Der vorliegende Antrag ist geeignet, die für den November vorgesehene Kulturdebatte vorwegzunehmen und ein Fait accompli zu schaffen. Es gibt auch andere Aufgaben der Stadt, die erfüllt werden müssen. Dieser Antrag befremdet uns, denn es ist kein Geheimnis, dass die rechte Seite hier im Rat einer Aufstockung des Kulturbudgets äusserst skeptisch gegenübersteht. Es wurde gesagt, dass das Theater an der Effingerstrasse nur ein Bruchteil des Stadttheaters kostet. Das ist effektiv so, aber es geht nicht darum dem Stadttheater die entsprechenden Mittel wegzunehmen. Eine Diskussion um das Stadttheater ist etwas ganz anderes und durch die Leistungsverträge geregelt. Es stellt sich die Frage, wo das Geld eingespart werden soll. Mehr Geld für Kultur wird es wahrscheinlich nicht geben. Das Theater an der Effingerstrasse wird überdurchschnittlich stark von Personen aus den umliegenden Gemeinden besucht. Es ist also unverständlich, dass von dort Gelder gestrichen werden und dass die Stadt das Theater finanzieren soll. Die Finanzierung des Theaters ist nicht gesichert, denn es steht nirgends, dass es in die nächsten Leistungsverträge aufgenommen wird.

Beat Schori (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Ich verstehe nicht, wie man sagen kann, dieses Theater sei nicht unterstützungswürdig. Dies ist ein Affront gegen alle, die sich dafür einsetzen und dort Kultur schaffen. Die Kultur muss ausgewogen unterstützt werden. Kultur ist auch ein bisschen Wirtschaftsförderung und ich bitte hier diesem kleinen Betrag zuzustimmen.

Hans Peter Aeberhard (FDP): Ich habe in der BAK diesem Antrag zugestimmt. Man muss doch die Verhältnisse wahren. Wenn 80 Leute hier zwei Stunden diskutieren, haben wir die verlangte Summe bald zusammen. Wir setzen 180 Mio. Franken um pro Jahr. 30 Mio. Franken davon sind für Kultur. Von diesen 30 Mio. Franken gehen 25,125 Mio. Franken an Institutionen mit Leistungsverträgen und 4,47 Mio. Franken sind direkte Förderungsprojekte. Auf der Seite 568 ist aufgelistet, wohin diese 4,47 Mio. Franken gehen. Auf dieser Liste gibt es wiederum Sammelposten. Ich kann es mir nicht vorstellen, dass es keinen Weg gibt, diese 160 000 Franken für das Theater an der Effingerstrasse zu sprechen. Das hier ist eine Notfallübung, weil die Kulturabteilung nicht bereit war diesem Theater Geld zu geben. Es handelt sich hier um einen kleinen Betrag und niemand will doch, dass dieses Theater stirbt.

Christian Wasserfallen (JF): Es geht hier um einen Kulturantrag. Es scheint mir sehr merkwürdig, dass die Linken ihn diesmal nicht unterstützen. Sie, die bei allen Sparübungen von unserer Seite von einem „kulturellen Kahlschlag“ sprechen. Stadtpräsident Alexander Tschäppät spricht sonst von Kultur als einem Standortmarketingfaktor, der eine Stadt lebenswert macht. Die rechte Seite, die sonst immer Geld sparen will und es heute ausgeben möchte, ist auch nicht ganz konsequent. Ich muss das hier ganz skeptisch feststellen. Es geht doch nicht, dass alle nur auf die eigene Kasse schauen. Ich kann mich nicht entscheiden und muss mich der Stimme enthalten.

Rolf Schuler (SP): Wenn man diesen Kredit heute sprechen würde, würden wir einen Kredit von 160 000 Franken sprechen ohne jegliche Sicherheit, dass der Betrieb im Theater an der Effingerstrasse auch nach dem Jahr 2006 weitergeführt werden kann. Die Option, dass nach dieser Übergangslösung eine Leistungsvereinbarung mit der Stadt abgeschlossen werden kann, ist nicht mehr als eine Option. Es gibt keine gesicherten Fakten, dass ein Leistungsvertrag zwischen der Stadt und dem Theater an der Effingerstrasse abgeschlossen werden kann und sich die Vertragspartner einigen können. Es ist verwunderlich, wenn in der SBK solche Anträge von freisinniger Seite gestellt werden, ohne dass eine mittelfristige Sicherung dieses Betriebs sichergestellt werden kann.

Simon Röthlisberger (JA!): Die GB/JA! ist nicht gegen das Theater, aber es ist schlicht nicht strategiekonform. Innerhalb des Konzepts der Stadt Bern liegt dieser Betrag für dieses Theater nicht drin.

Stephan Hügli-Schaad (FDP): Wenn man nicht will, dass diese 160 000 Franken kompensiert werden, so muss man diesen Kredit sprechen. Dann wird nämlich nichts kompensiert, sondern der Betrag speziell für das Theater an der Effingerstrasse zur Verfügung gestellt. Das Theater an der Effingerstrasse hat während fast zehn Jahren praktisch keine Unterstützungsleistungen erhalten. Die Stadt wollte das so, aber die Situation hat sich geändert. Die Wirtschaft und die Aussengemeinden zahlen nicht mehr. In diesem Sinne wird das Theater doppelt bestraft. Man muss mit gleich langen Spiessen arbeiten und nicht die eine Kultur, die übrigens breit abgestützt ist, eingehen lassen. Rolf Schuler hat recht, wenn er sagt, das Ganze sei konzeptionslos. Wir haben wirklich keine Garantie. Ob das Theater an der Effingerstrasse Leistungsverträge kriegt oder nicht, können wir nicht wissen. Im Moment aber sprechen wir von einem Notfall. Wenn wir kein Geld geben, könnte es diesen Betrieb schon nächstes Jahr nicht mehr geben. Man sollte hier erstmals für das kurzfristige Überleben dieses Theaters sorgen. Mit diesem einmaligen 160 000 Franken gewinnen wir wertvolle Zeit.

Hans Peter Aeberhard (FDP): Das Theater an der Effingerstrasse ist nicht strategiekonform? Ich weiss nicht, wer diese Strategie bestimmt, wenn nicht die Zuschauer. Das Theater an der Effingerstrasse hat viele Besucher. Wir machen doch die Kulturpolitik nicht für uns, sondern für das Volk.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich möchte klarstellen, dass der Gesamtgemeinderat alle Anträge, die budgetrelevant sind, ablehnt. In dieser Haltung ist keine Wertung der Qualität des Theaters zu sehen, sondern nur eine konsequente Fortsetzung der gemeinderätlichen Kulturpolitik.

Beschluss

Der Antrag (2) SBK und SVP/JSVP zu Seite 101 wird vom Stadtrat mit 32 : 36 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.
Mit Ja Stimmen: Hans Peter Aeberhard, Gabriela Bader Rohner, Rania Bahnan Büechi, Thomas Balmer, Peter Bernasconi, Dieter Beyeler, Markus Blatter, Peter Bühler, Sybille Burger-Bono, Anna Coninx, Dolores Dana, Karin Feuz-Ramseyer, Rudolf Friedli, Beat Gubser, Ueli Haudenschild, Erich J. Hess, Stephan Hügli-Schaad, Mario Imhof, Ueli Jaisli, Daniel Kast, Peter Künzler, Anna Magdalena Linder, Erik Mozsa, Reto Nause, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Barbara Streit-Stettler, Margrit Thomet, Martin Trachsel, Thomas Weil, Sandra Wyss.
Mit Nein Stimmen: Michael Aebersold, Raymond Anliker, Carolina Aragón, Giovanna Battagliero, Christof Berger, Margrith Beyeler-Graf, Myriam Duc, Martina Dvoracek, Andreas Flückiger, Urs Frieden, Karin Gasser, Thomas Göttin, Beni Hirt, Natalie Imboden, Daniele Jenni, Stefan Jordi, Sarah Kämpf, Rudolf Keller, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Liselotte Lüscher, Corinne Mathieu, Patrizia Mordini, Simon Röthlisberger, Hasim Sancar, Franziska Schnyder, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Ernst Stauffer, Béatrice Stucki, Gisela Vollmer, Catherine Weber, Anne Wegmüller, Maya Widmer, Beat Zobrist, Andreas Zysset.
Enthaltungen: Conradin Conzetti, Christian Wasserfallen.
Abwesend: Verena Furrer-Lehmann, Jacqueline Gafner Wasem, Simon Glauser, Andreas Krummen, Daniel Lerch, Christoph Müller, Nadia Omar, Lydia Riesen, Ueli Stückelberger.

S. 120; Bauinspektorat (150)	Antrag (3) PVS; Kennzahl	**Auftrag** für Budget 2007 und Jahresbericht 2005: Baurechtliche Bewilligungsverfahren / Voranfragen, Kennzahl 1 und statistischen Angaben (JB) bezüglich Wohnungen sind im Budget 2007 und im Jahresbericht 2005 zu verfeinern und auszuweisen.
S. 135; Stadtplanungsamt (170)	Antrag (4) PVS; Produktegruppen	**Empfehlung**: Die Dienststelle Stadtplanungsamt (170) soll in zwei Produktegruppen (statt 4) aufgeteilt werden.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich möchte klarstellen, dass der Antrag PVS zu Seite 135 das Jahr 2007 betrifft.

Beschlüsse

1. Die Anträge (3) PVS zu Seite 120 und (4) PVS zu Seite 135 sind unbestritten und werden vom Rat stillschweigend genehmigt.
2. Das Budget der Präsidialdirektion wird vom Stadtrat mit 41 : 23 Stimmen genehmigt.

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE)

Thomas Göttin (SP) für die Kommission FSU: Unsere Kommission hat das Budget dieser Direktion am Montag des Hochwassers beraten. Für die Direktorin und die Verantwortlichen für Feuerwehr etc. hatte das Hochwasser absolute Priorität. Damit es heute vorliegt, haben wir das Budget trotzdem beraten und ich möchte allen für den Einsatz und das Verständnis danken. Gemäss der Gemeindeordnung Artikel 54 ist es der Stadtrat, der die übergeordneten Ziele, Steuerungsvorgaben und die Art der Kennzahlen festlegt. Das bedeutet, dass alle Änderungen zu denen kein Stadtratsbeschluss vorliegt nichts anderes als Anträge sind und als solche haben wir diese auch behandelt. Leider sind in vielen Fällen die Steuerungsvorgaben oder Kennzahlen einfach verschwunden oder ohne Hinweis der Verwaltung neu dazugekommen. Vieles konnte nur durch Detektivarbeit im Vergleich mit alten Budgets und Jahresberichten in Erfahrung gebracht werden. Viele Änderungen sind sinnvoll, wenn man weiss, wo und warum etwas geändert worden ist. Es gibt aber auch Bereiche mit Schwund von relevanten Vorgaben oder mit einer Vorgabeninflation, was dazu führt, dass plötzlich auch Sargversiegelungen und Kindergeburtstage im Tierpark als politisch relevante Steuerungsvorgaben auftauchen. Unsere Kommission bittet den Gemeinderat, dass er alle Änderungen, Ergänzungen oder Weglassungen klar ausweist und kurz begründet. Für die Kommission sind die Regeln, nach denen die StaBe die Mieten in Rechnung stellt, nicht ganz nachvollziehbar. Meistens bedeuten sie eine grosse Mehrbelastung, insbesondere bei der Feuerwehr und beim Zivilschutz. Andererseits gab es bei der Polizei eine bedeutende Senkung. Das ist alles ziemlich undurchsichtig und wir begrüssen die geplante Informationsveranstaltung auf Initiative der BAK. In der Kommission haben wir intensive Diskussionen über Demonstrationen, Verkehr und Luftreinhaltung geführt. Die Kommission hat Anträge beschlossen, die ich in der Detailberatung begründen werde. Das Budget der Kommission wird mit 6 : 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Annahme empfohlen. Nach langer Zeit hat die Stadtpolizei den Vollbestand erreicht. Das ist im Hinblick auf die geforderten Leistungen erfreulich, aber bringt mit dem effektiven Personalaufwand zusätzliche Kosten. Die Erlöse von Bussen und Rückerstattungen von Bund und Kanton sind im Budget 2006 höher. Tiefer budgetiert sind die Parkbussen, weil die Zahl der Parkfelder abnimmt und weil die Bewirtschaftung der weissen Zone nicht im gewünschten Ausmass möglich ist. Es fehlt hier offensichtlich an Planungsvorlagen. Die Leistungsverträge zur Überwachung des öffentlichen Raumes werden im Moment neu ausgeschrieben. Betroffen ist insbesondere die Securitas beim Bahnhof. Geplant sind befristete Aufträge bis 2007. Das ganze Produktegruppen-Budget zum Polizeiinspektorat inklusive Steuerungsvorgaben und Kennzahlen wurde überarbeitet. Das Resultat bringt aber nur bedingt mehr Klarheit und die Kommission schlägt bei den Kennzahlen Korrekturen vor. Schon beim Jahresbericht hat sich gezeigt, dass im Bereich Schattenwirtschaft, Menschenhandel und Schwarzarbeit Handlungsbedarf besteht. Im Budget fehlen aber die entsprechenden Anträge. Eine längere Diskussion ausgelöst hat die Frage, ob im Bereich Jugendschutz höhere Steuerungsvorgaben sinnvoll sind. Zum Schluss hat die Kommission aber auf Anträge in diesem Bereich verzichtet und beschlossen, dass sie die Situation beim Polizeiinspektorat grundsätzlich überprüfen will. Damit nicht immer von Vorne angefangen werden muss, sollen auch die Resultate von früheren Delegationsbesuchen und die schon umgesetzten Massnahmen mit einbezogen werden. Es ist erfreulich, dass die Feuerwehr jetzt für den Stadtkreis 6

die gleichen Interventionszeiten anstrebt wie für die übrigen Stadtteile. Das wird mit der Unterstützung des Brandkorps möglich. Konkret heisst das, dass die Steuerungsvorgaben zwei und drei auf der Seite 205 neu für alle Stadtteile gleich sind. Beim Zivilschutz sind die Bestände noch zu hoch. Diese Überbestände sollen abgebaut werden. Die Kommission hat klar signalisiert, dass der Zivilschutz aus diesem Grund nicht zu viele Personen neu ausbilden soll. Im Bereich Zivilschutz und Quartieramt steht im nächsten Jahr eine generelle Überprüfung an. Dabei geht es um Kostentransparenz, Aufgabenverteilung und um die Zukunft insbesondere des Quartieramts. Beim Tierpark gab es eine grosse Verwirrung mit acht neuen Steuerungsvorgaben. Hier braucht es für das nächste Jahr eine bessere Lösung. Es gab in der Kommission eine längere Diskussion zum Thema Umweltpolitik. Wir haben uns aber entschieden keine Anträge zu stellen. Diese Debatte soll man politisch führen und es gibt hierzu acht Anträge aus den Fraktionen.

S. 163 / 164; Sicherheit und Ordnung (210100)	Antrag (5) Jenni, GPB; Globalkredit* (*Gesamtantrag)	**Kürzung Bruttokosten „Sicherheit und Ordnung“ bzw. Globalkredit Stadtpolizei** Bruttokosten des Produkts „Aufrechterhaltung Sicherheit und Ordnung“ (P210120) auf den Stand der Rechnung 2004 reduzieren: Fr. 11'593'517.52 statt Fr. 12'628'380.23 (minus Fr. 1'034’862.71) **Globalkredit Stadtpolizei** von Fr. 28'634'177.00 um Fr. **1'034'862.71** auf Fr. 27'599’314.29 **kürzen.**[1]
S. 163 / 170 Verkehrskontrollen (210340)	Antrag (6) Jenni, GPB; Globalkredit* (*Gesamtantrag)	**Erhöhung Bruttokosten „Verkehrskontrolle“ bzw. Globalkredit Stadtpolizei** Bruttokosten des Produkts „Verkehrskontrollen“ (P210340) um die Kürzung bei „Aufrechterhaltung Sicherheit und Ordnung (P210120) erhöhen: Fr. 11'647'443.97 statt Fr. 10'612'581.26 (plus 1'034'862.71) **Globalbudget Stadtpolizei** von Fr. 28'634'177.00 um **Fr. 1'034.862.71** auf Fr. 29'669'039.71 **erhöhen.**[2]
S. 163 / 170 Verkehrskontrollen (210340)	Antrag (7) Jenni, GPB; Globalkredit* (*Gesamtantrag)	**Erhöhung Erlös „Verkehrskontrollen“ bzw. Kürzung Globalkredit Stadtpolizei** Erlös des Produkts „Verkehrskontrollen“ (P210340) proportional zur Erhöhung der Bruttokosten dieses Produkts erhöhen: Fr. 14'800'908.79 statt Fr. 13'485'864.17 (plus Fr. 1'315'044.62) **Globalbudget Stadtpolizei** von Fr. 28'634'177.00 um **Fr. 1'315'044.62** auf Fr. 27'319’132.38 **kürzen** [Vermehrte Verkehrskontrollen ergeben entsprechend höhere Erlöse]

Daniele Jenni (GPB): Die Anträge 5, 6 und 7 gehören zusammen. Der Antragsteil 5 hat zum Ziel die budgetierten Bruttokosten für Sicherheit und Ordnung um ca. 1 Million auf den Betrag herabzusetzen, der auf der Rechnung 2004 ausgewiesen wurde. Der Antragsteil 6 will die

[1] Die beiden Antragsteile zu „Sicherheit und Ordnung“ und „Verkehrskontrollen“ neutralisieren sich gegenseitig (Kompensation).

[2] Die beiden Antragsteile zu „Sicherheit und Ordnung“ und „Verkehrskontrollen“ neutralisieren sich gegenseitig (Kompensation).

Bruttokosten Verkehrskontrolle um diese Million erhöhen. Diese beiden Antragsteile gleichen sich also aus. Der Antragsteil 7 ist eine Konsequenz aus Antragsteil 6. Wenn nämlich mehr finanzielle Ressourcen für die Verkehrskontrollen vorhanden sind, ist die Erwartung logisch, dass im Verhältnis zu den erhöhten Kosten auch mit mehr Erlös gerechnet werden kann. Das Ergebnis des ganzen Pakets ist also eine Steigerung des Erlös und somit ist es ein Sparantrag. Diese Anträge haben das Ziel, beim Einsatz von polizeilichen Ressourcen andere Prioritäten zu setzen. Eine Reduktion beim Einsatz für Sicherheit und Ordnung und eine Erhöhung bei den Verkehrskontrollen. Aus den zusammengestellten Punkten der einzelnen Produktegruppen wird ersichtlich, dass in den nächsten Jahren die Tendenz besteht, die Ausgaben für Sicherheit und Ordnung massiv ansteigen zu lassen. Dies mit dem Hinweis darauf, dass die Kundgebungen immer gewalttätiger würden und die Tendenz zu Null-Toleranz zunehme. Wenn man die letzten Jahre anschaut, ist das Umgekehrte der Fall. Die Kundgebungen werden nicht gewalttätiger, wenn sie es überhaupt je gewesen sind, sondern sie werden immer friedlicher. Null-Toleranz ist eine Tendenz, die wir ablehnen und wir sind nicht bereit für diese Restriktionen zusätzliches Geld auszugeben. Das ist der Grund für die Reduktion dieser einen Million. Die realen Gefahren lauern bei den Verkehrskontrollen. Dort entstehen die grossen Schäden und dort gibt es Tote und Verletzte. Die Frage der Verhältnismässigkeit spricht klar für die Erhöhung der Verkehrskontrollen. Mit dem Eintreten auf diese Anträge leitet man eine Prioritätenumstellung von Sicherheit und Ordnung zu Verkehrskontrollen, wo die wahren Gefahren sind, ein.

Barbara Hayoz Direktorin SUE: Im Jahre 1982 hat der Stadtrat zum letzten Mal den Sollbestand des Polizeicorps um 50 Polizisten angehoben. Bereits anfangs der 90er Jahre hat die Stadtpolizei in einer umfangreichen Analyse festgestellt, dass der Personalbestand gemäss dem Arbeitsvolumen zu knapp bemessen ist. Aufgrund der angespannten Finanzlage der Stadt Bern hat man damals darauf verzichtet dem Stadtrat einen entsprechenden Stellenerhöhungsantrag zu stellen. Die Stadtpolizei hat dann verschiedene Reorganisations- und Optimierungsprozesse durchgeführt und Corpsangehörige im administrativen Bereich entlastet um die erforderlichen Kräfte für den Fronteinsatz so weit als möglich frei zu stellen. Aufgrund der Erkenntnisse der letzten Jahre hat die Stadtpolizei weitere organisatorische Anpassungen vollzogen. Heute hat die Stadtpolizei ihr Optimierungspotential ausgeschöpft. Ich möchte in Erinnerung rufen, wie sich die Kriminalitätslage in der Stadt Bern in den letzten Jahren entwickelt hat. Die Straftaten haben um 62%, Gewalt gegen Personen um 66%, Gewalt gegen Sachen um 83%, Vermögensdelikte um 41% und die Betäubungsmitteldelikte um 1015% zugenommen. Jetzt soll bei der Sicherheitspolizei gespart werden. Die Sicherheitspolizei hat im Jahr 2003 zusammen mit dem Botschaftsschutz 31 000 Überstunden geleistet. Der grösste Teil dieser Überstunden entfällt, aufgrund der angestiegenen Zahl der Kundgebungen, auf den Ordnungsdienst. Die Anzahl Kundgebungen hat im Durchschnitt pro Jahr um 63% zugenommen und im Gegensatz zu Daniele Jenni stellen wir eine erhöhte Gewaltbereitschaft fest. Erhöhte Gewaltbereitschaft gibt es auch an Sportveranstaltungen durch Hooligans und Betrunkene. Weiter haben wir bei der Einsatzleitzentrale eine stetige Zunahme von Anzeigen und Anrufen zu verzeichnen. Im Schnitt gibt es in der Stadt Bern rund 25 000 polizeiliche Interventionen pro Jahr. Dabei ist augenfällig, dass die Polizei vermehrt aufgrund von Gefahren oder Störungen im öffentlichen Raum aufgerufen wird. All diese massiven Anstiege gehören in den Bereich der Sicherheitspolizei, nicht der Verkehrspolizei. Polizeibeamte fühlen sich heutzutage gefährdet. Sie sind überzeugt, dass die innere Sicherheit mit dem heutigen Bestand an Polizeibeamten nicht aufrechterhalten werden kann. Der Verband fordert in diesem Punkt die Politik zum Handeln auf. Vor allem auch die vermehrten Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten bereiten dem Verband Sorge. Täglich sind die Polizistinnen und Polizisten verbalen Attacken ausgesetzt und sehen sich sogar mit körperlichen Angriffen auf ihre Person

konfrontiert. Erst diesen Frühling wurde ein Verkehrspolizist im Kanton Graubünden bei einer Kontrolle mutwillig überfahren. Dies sollte uns nachdenklich stimmen. Wir erachten die Verkehrssicherheit als sehr wichtig. Die Anzahl der geleisteten Stunden in diesem Bereich wurde im letzten Jahr auch stark erhöht. Die Sicherheit und Ordnung darf aber nicht aufgrund finanzieller Begehrlichkeiten ausser Acht gelassen werden. Gesamtschweizerisch fehlen im Moment 1 600 Polizistinnen und Polizisten. In der Stadt Bern fehlen alleine im Bereich der Sicherheitspolizei rund 36 Personen um die anstehenden Aufgaben erledigen zu können. Mit einer weiteren Reduktion des Budgets der Sicherheitspolizei wird in Kauf genommen, dass die Leistungsdichte im Bereich der Sicherheit gefährdet ist. Die Polizei ist gesetzlich verpflichtet Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten. Würde man den Anträgen von Daniele Jenni folgen, so wären wir verpflichtet die Prioritäten neu zu setzen und die Grundversorgung herunter zu fahren. Das bedeutet manchmal nicht auszurücken, längere Wartezeiten und Patrouillen zu streichen. Seit 15 Jahren ist eine Personalaufstockung bei der Stadtpolizei kein Thema mehr. Gleichzeitig wird die Polizeiarbeit stetig aufwendiger und komplexer. Die Polizei gibt sich grosse Mühe einen Leistungsabfall zu vermeiden. Kommen die Anträge von Daniele Jenni aber durch, so sind wir gezwungen Schwerpunkte zu bilden und Prioritäten zu Lasten der Grundversorgung zu setzen. Wenn sich dann besorgte und verärgerte Bürger bei uns melden, so werden wir die für den Abbau an der Grundversorgung Verantwortlichen benennen. Ich bitte diese Anträge abzulehnen.

Stephan Hügli-Schaad (FDP): Es kann nicht im Sinne der Stadt sein, Verkehrskontrollen durchzuführen um die Bürger zu schröpfen. Verkehrskontrollen müssen an Stellen gemacht werden, die für den geordneten Ablauf des Verkehrs und die Sicherheit relevant sind, und nicht dort, wo es die teuersten Bussen gibt. Ich frage mich, ob diese Anträge NSB-konform sind. Eigentlich geht es bei NSB nicht um die Steuerung mittels Finanzen, sondern um die Steuerung mittels Steuerungsvorgaben. Ich möchte von Daniele Jenni hören, welche Art von Steuerungsvorgabe ihm vorschwebt. Wenn die Anträge ein rein finanzielles Ziel verfolgen, so könnte man ihnen sicher nicht zustimmen, weil das nicht NSB-konform wäre. Eine Steuerungsvorgabe müsste also ausformuliert werden.

Daniele Jenni (GPB): Die Sicherheitsdirektorin hat in ihren Darlegungen ein wesentliches Element nicht erwähnt. Im Rahmen von Sicherheit und Ordnung organisiert die Polizei ihren Ressourcenverbrauch letztlich durch ihre eigenen Konzeptionen. Es besteht eine klare und starke Tendenz zur Unabhängigkeit zwischen der realen Gefahr und der von der Polizei eingeschätzten Gefahr, die die Grösse der Einsätze bestimmt. Wenn man sieht, wie diesen Januar tausend Polizisten eingesetzt wurden um friedliche Aktionen zu überwachen und Personen fest zu nehmen, dann wird jedem klar, was ich meine. Hat man das Gefühl, es brauche einen derart riesigen Ressourceneinsatz, so werden die Kosten damit begründet. Die Höhe der Einsätze ist eine Prophezeiung, die der Realität nicht entspricht und die ihre eigene Erfüllung, in Form eines übermässigen Ressourcenverbrauchs, liefert.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt die Anträge (5, 6, 7) Jenni, GPB zu den Seiten 163/164, 163/170 und 163/170 mit 2 : 63 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

S. 165; Sicherheit und Ordnung (210100)	Antrag (8) Jenni, GPB; Ziele, Hinweise zur Zielüberprüfung	**Neuer Abschnitt bei Ziele, Hinweise zur Zielüberprüfung:** Periodisches Überprüfen: - …

- …
- …

Darstellen im Jahresbericht:
- der jährlichen, nach Monaten gegliederten Zahl der einfachen und der auf den PSP vorgenommenen Personenüberprüfungen

Daniele Jenni (GPB): Die polizeilichen Personenkontrollen sind routinemässige Angelegenheiten und eigentlich keine massiven Eingriffe. Aber ihre Häufung und ihre Bedeutung für die Atmosphäre in der Stadt sind nicht zu unterschätzen. Es ist politisch nicht uninteressant zu wissen, wie viele solche Kontrollen durchgeführt werden. Es geht einzig um die Frage nach der Zahl der Kontrollen und um keinerlei andere Auskünfte. Mein Antrag möchte erreichen, dass bei den Hinweisen zur Zielüberprüfung festgehalten wird, dass im Jahresbericht zu Handen des Stadtrats und der Öffentlichkeit darzustellen ist, wie viele einfache und wie viele erweiterte Personenkontrollen im jeweiligen Jahr durchgeführt worden sind. Diese Zahl gibt Hinweise über das Handeln der Polizei und über die Atmosphäre, die im Rahmen einer polizeilichen Tätigkeit die Stadt prägt. Das ist politisch relevant.

Barbara Hayoz Direktorin SUE: Die Erhebung dieser Kennzahl ist mit einem enormen Aufwand verbunden und zudem sind Zweck und Nutzen dieser Erhebung wirklich nicht ersichtlich. Politisch kann sowieso keinen Einfluss auf diese Zahl genommen werden. Personenkontrollen werden gestützt auf das Gesetz durchgeführt und jede kontrollierte Person hat die Möglichkeit die Rechtsmässigkeit der Kontrolle mittels einer Anzeige durch die Justiz überprüfen zu lassen. Die Generierung eines zusätzlichen administrativen Verwaltungsaufwands, ohne damit einen Nutzen zu erzielen, macht keinen Sinn.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag (8) Jenni, GPB zu Seite 165 mit 13 : 49 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

- Traktandum 5 wird zu Beginn der Sitzung vom 22. September 2005 weiterbehandelt. -

Eingänge

Es werden zwei Motionen und zwei Postulate eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

Motion Daniel Kast (CVP): Ein positives Signal für den Bärenpark!

Der Bärengraben ist in seinem heutigen Zustand nicht mehr tragbar. Der harte Bodenbelag setzt den Bären zu. Sie leiden an Arthrose. Der Bärengraben entspricht nicht ihrem natürlichen Lebensraum. Die Bären in den Alpen beispielsweise leben in grossen, zusammenhängenden Wäldern, wo sie sich in unwegsame Gebiete zurückziehen können. Sie sind sehr neugierig und lieben einen anregenden Lebensraum.

Auf Bundesebene wird zurzeit die Tierschutzverordnung revidiert. Die Stadt kann davon ausgehen, dass die Bestimmungen betreffend Wildtiere verschärft werden und die Bärenhaltung in der heutigen Form im Bärengraben in Zukunft untersagt sein wird.

Der BärenPark stärkt die Touristendestination Bern. Mit dem BärenPark wird für die Touristen eine Erlebniswelt geschaffen. Erlebnisse wirken auf Touristen anziehender als eine blosse Besichtigungsstätte. Die Touristen werden länger beim Bärenpark verweilen. Damit verbessern sich die Chancen, dass sie in Bern übernachten. Zudem haben Umfragen gezeigt, dass die Berner Bevölkerung (zu 85%), die Touristen (zu 95%) die Realisierung des Bärenparks als richtig betrachten.

Der Handlungsbedarf ist ausgewiesen. Der BärenPark ist kein Nice-to-have. Die Stadt hat schlicht keine Wahl.

Am 7. September 2005 hat der Gemeinderat über den Stand des Projektes BärenPark informiert. Die Medienmitteilung des Gemeinderates ist äusserst ernüchternd ausgefallen. Sie zeigt weder Etappenerfolge noch Perspektiven auf. Die Stadtregierung lässt nicht das geringste Engagement erkennen für die zeitgemässe Gestaltung eines der wichtigsten Wahrzeichen unserer Stadt. Wie sollen Sponsoren ihr Geld und Prestige für den BärenPark einsetzen, wenn die Stadtregierung nicht willens ist, dem Bärenpark ihre volle Unterstützung zuzusichern?

Rund 8 Millionen Franken Sponsorengelder wurden der Stadt bisher zugesagt. Das Ziel 16 Millionen Franken hat die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie trotz grossen Anstrengungen bis jetzt noch nicht erreicht.

Bei etlichen angefragten Sponsoren ist die Tatsache, dass die Stadt keinen Franken an die Baukosten zahlen will, auf Unverständnis gestossen. Nicht gut angekommen ist auch die zögerliche Haltung einiger Stadtratsfraktionen. Es fehlt das positive Signal aus der Politik.

Stadtrat und Gemeinderat haben 2004 beschlossen nur die Projektierung zu finanzieren und kein Geld aus der Stadtkasse für den Bau des Bärenparks zu zahlen. Dieser Entscheid muss jetzt korrigiert werden.

Wir fordern deshalb, dass sich die Stadt mit 2 Millionen Franken am Bau des Bärenparks beteiligt.

Bern, 15. September 2005

Motion Daniel Kast (CVP), Reto Nause, Beat Gubser

Motion Christian Wasserfallen (JF): Parkkarte für Gewerbetreibende der Stadt und Region Bern

Der Gemeinderat wird aufgefordert mit den Agglomerationsgemeinden Kontakt aufzunehmen und ein Konzept für eine regionale Parkkarte für Gewerbetreibende auszuarbeiten und umzusetzen.

Begründung

Die Stadt Bern muss bestrebt sein eine wirtschaftliche Prosperität sicherzustellen und hat als Auftrag gute Rahmenbedingungen für Unternehmungen zu schaffen. Die regionale Zusammenarbeit auf welche die Motion abzielt, trägt den wirtschaftlichen Verflechtungen in der Region Bern Rechnung.

Nur durch die Schaffung neuer und besserer Rahmenbedingungen wird es der Region Bern gelingen sich längerfristig wirtschaftlich zu behaupten. Eine wirtschaftlich starke Region Bern liegt auch im Interesse der Gemeinde Bern und des ganzen Kantons.

Es ist im Interesse aller, dass Gewerbetreibende ihren Beruf möglichst ungehindert ausüben können. Mehr Einkommen bedeutet auch mehr Steuereinkommen. Nicht zuletzt hängt davon auch die Sicherung der Arbeitsplätze in der Region ab.

Es gibt heute Firmen, welche Ausgaben für Bussen als festen Betrag im Budget definiert haben. Es kann und darf nicht das Ziel sein, Gewerbetreibende in die Illegalität zu treiben. Es sind Strukturen zu schaffen, welche ihren Bedürfnissen Rechnung tragen.

Beratungen, Installationen, Reparaturen etc. können ohne weiteres länger als 1.5 h dauern. Wird dies in die Betrachtungsweise einbezogen, dann wird auch verständlich, wieso das Bedürfnis nach einer regionalen Parkkarte enorm gross ist.

Die Motionäre sind sich bewusst, dass sich für das Zustandekommen eines solchen Vorhabens alle betroffenen Gemeinden einigen müssen. Da hiervon aber schlussendlich alle profitieren werden, sind wir überzeugt, dass eine Einigung möglich ist.

Bern, 15. September 2005

Motion Christian Wasserfallen (JF), Sibylle Burger-Bono, Mario Imhof, Dolores Dana, Sandra Wyss, Stephan Hügli-Schaad, Ueli Haudenschild, Hans Peter Aeberhard, Heinz Rub, Karin Feuz-Ramseyer, Thomas Balmer

Postulat Fraktion SP/JUSO (Claudia Kuster/Patrizia Mordini, SP): Umweltmanagementsystem – Stand des Projektes

Die Stadt Bern verfügt über ein Umweltmanagementsystem (UMS). Dies geht auf eine Motion „Oekostadt Bern – Einführung eines umfassenden Umweltmanagementsystems (UMS) in der Stadtverwaltung und in den städtischen Werken“ der Fraktionen SP/JUSO und GB/JA! (Edith Madl Kubik/Peter Sigerist) zurück. Sie wurde am 11. März 1999 erheblich erklärt und verlangte im Wesentlichen ein Konzept mit Kreditantrag für die Einführung eines umfassenden UMS in der Stadtverwaltung und den städtischen Werken.

Die Motion verlangte zudem den Aufbau eines regelmässig erscheinenden Umweltberichts der Stadt Bern, und dass dem Stadtrat von Anfang an jährlich z.B. im Verwaltungsbericht Rechenschaft über den Stand der Einführung des UMS und später über die Umweltleistungen der Stadtverwaltung und der städtischen Werke abgelegt wird.

Im Verwaltungsbericht 2003 wird das UMS in kürzest möglicher Form abgehandelt; der Informationsgehalt ist sehr gering.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf, dem Stadtrat einen jährlichen Bericht vorzulegen, in dem insbesondere folgende Auskünfte enthalten sind:

1. eine detaillierte Auflistung des Standes der Umsetzung in den einzelnen Direktionen

2. Nennung der Bereiche, in denen sich der Umweltschutz in der Stadtverwaltung und den städtischen Werken verbessert hat
3. Information, ob zusätzliche Umweltzertifizierungen erworben wurden
4. wie die Umweltbeauftragten ihre zusätzliche Aufgabe wahr nehmen und ob diese zufrieden stellend ausgeführt werden kann
5. Art und Weise der Einbindung des UMS in die Neue Stadtverwaltung (NSB)
6. Nennung der Controlling-Möglichkeiten, welche dem Projektleiter UMS zur Verfügung stehen

Bern, 15. September 2005

Postulat Fraktion SP/JUSO (Claudia Kuster/Patrizia Mordini, SP), Sarah Kämpf, Maya Widmer, Gisela Vollmer, Miriam Schwarz, Stefan Jordi, Beni Hirt, Raymond Anliker, Rolf Schuler, Liselotte Lüscher, Béatrice Stucki, Annette Lehmann, Beat Zobrist, Michael Aebersold, Thomas Göttin, Christof Berger, Ruedi Keller, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Andreas Zysset, Corinne Mathieu, Giovanna Battagliero

Postulat Fraktion SP/JUSO (Beni Hirt, JUSO): Alle Mobilitätsangebote in einem – eine „Mobilitätscard“ für Bern

In der Stadt Bern existieren heute verschiedenste Mobilitätsmöglichkeiten und -Angebote. Zum Beispiel: Tram, Bus und Zug; Car-Sharing; Veloverleih und -parking; Taxi; Umzug-Transport-Angebote.

Ziel muss es sein, die individuellen Mobilitätsbedürfnisse möglichst effizient und dennoch umweltfreundlich zu befriedigen. Damit Bürgerinnen und Bürger ihre Mobilität sinnvoll managen können, müssen ihnen die Vor- und Nachteile der diversen Mobilitätsangebote bekannt sein und der Zugang speziell zu den nachhaltigen Mobilitätsformen muss möglichst niedrig gehalten werden. Durch die Einführung einer „Mobilitätscard“ kann dieses Ziel erreicht werden: Sie fasst alle verfügbaren Mobilitätsmittel zusammen und stellt diese für alle individuell zur Verfügung. Die konkrete Ausgestaltung der „Mobilitätscard“ ist den zuständigen Behörden überlassen. Denkbar sind verschiedene Formen: modulartiges Bereitstellen der diversen Mobilitätsangebote, enge Verknüpfung mit dem Libero-Abo etc.

Die Idee haben sich Hannover mit „HANNOVERmobil“ (http://www.gvh.de/deu/1177.htm) und Freiburg im Breisgau mit der „RegioMobilCard“ (www.regiomobilcard.de) zu Herzen genommen. Die beiden Städte bieten ihren Bürgerinnen und Bürgern seit letztem Herbst eine entsprechende Mobilitätspalette an. Konkret werden mit der Karte beispielsweise 20 Prozent Rabatt auf dem Mieten des Autos beim Car-Sharing, auf einer Jahresparkkarte für die bewachte Velostation oder für die Reparatur des eigenen Velos gewährt.

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Einführung einer „Mobilitätscard“ zu prüfen, ein Konzept zu erarbeiten und dem Stadtrat darüber Bericht zu erstatten.

Die „Mobilitätscard“ soll zu einer optimalen Benutzung der verschiedenen Mobilitätsangebote führen. Daher muss geklärt werden:

1. wie die „Mobilitätscard“ in das heute bestehende öV-Angebot (Tarifverbund Libero) integriert wird,
2. wie mit anderen Anbietern wie beispielsweise „Mobility“, der Velostation oder den Taxibetreibern zusammengespannt werden kann,
3. wie hoch die Kosten sind,
4. und wie die „Mobilitätscard“ finanziert werden kann.

Bern, 15. September 2005

Postulat Fraktion SP/JUSO (Beni Hirt, JUSO), Michael Aebersold, Sarah Kämpf, Gisela Vollmer, Giovanna Battagliero, Andreas Krummen, Corinne Mathieu, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Rolf Schuler, Patrizia Mordini, Béatrice Stucki, Ruedi Keller, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Zysset, Christof Berger, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Beat Zobrist, Maya Widmer

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Philippe Müller*

Die Protokollführerin: *Ursina Wälchli*